

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

9. JAHRGANG · AUSGABE 3 · 2004 VOM 5. MÄRZ 2004 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | Ein Leben  
für den Naturschutz  
Kurt Kretschmann zum 90. Geburtstag

6 | Dokument einer  
gescheiterten Politik  
Haushalt der Stadt Eberswalde 2004

11 | Hoffnungen  
und Falten auf der Stirn  
Binnenhafen Eberswalde

Stadtverwaltung provoziert friedliebende Eberswalderinnen und Eberswalder

## Kriegsjahrestag und Waffenschau

Daß es zur 750-Jahr-Feier mit der Kanonenböllerei und der Zurschaustellung alter Waffen im Rahmen des Schützenfestes aus irgendwelchen Gründen nicht klappte, muß die Waffennarren im Eberswalder Rathaus arg gewurmt haben. Hatte man doch Kritikern des Schützenfestes schon im Vorfeld einen harten Kampf angekündigt (BBP 8/2003). Die Schützenfestabsage als Sieg der Friedensbewegung? Das konnte man nicht auf sich sitzen lassen. Diesen pazifistischen DDR- und Friedensnostalgikern zeigen wir, wer hier das Sagen hat – dachte man sich.

Schnell fand sich Ersatz in der durch die Lande tourende mobile Kriegswaffenschau »Unsere Luftwaffe«. Erst auf Nachfrage informierte Dezernent Uwe Birk darüber die Stadtverordneten. In demonstrativer Arroganz erklärte er das politisch höchstbrisante Vorhaben zum »Geschäft der laufenden Verwaltung«.

Die Eberswalder Friedensbewegung verfügt bei den Bürgerinnen und Bürgern über breiten Rückhalt. 1989/90 waren es die Proteste gegen die sowjetische Militärpräsenz, die Forderung nach einem militärfreien Kreis manifestierte sich sogar in einem Kreistagsbeschuß. Auch die Stadtverordnetenversammlung unterstützte zumindest zeitweise Proteste gegen diverse Militärflugschauen und Kriegsübungen im Stadtgebiet. Insbesondere die seit 1990 in immer kürzeren Abständen geführten neuen Weltordnungskriege stoßen in Eberswalde auf heftigen Widerstand. In bester Erinnerung sind noch die zahlreichen Aktionen gegen den Irakkrieg vor einem Jahr mit der fast einen Monat durchgehaltenen Dauermahnwache als Höhepunkt.

Am 19. März erinnert eine Mahnwache auf dem Pavillonplatz daran. Im April ist eine Veranstaltungsreihe »Gewaltfreiheit und Pazifismus« geplant. Diese Aktionen werden nun Ergänzung finden in Proteste gegen die Kriegswaffenschau der Luftwaffe und vor allem gegen deren Protektion durch die Eberswalder Verwaltungsführung. PDS und Bündnisgrüne wollen sich für eine Absage der Schau stark machen (Seite 2). Weitere Parteien und politische Gruppierungen diskutieren darüber.

GERD MARKMANN



Friedensdemo in Eberswalde anläßlich der Kriegswaffenschau »Unser Heer« im Juli 2000.  
Foto: G.M.

Anzeige

## »Berlin, Berlin – wir fahren nach Berlin«

aber nicht erst zum DFB Pokalendspiel sondern jetzt am

3. April 2004

Der Stürmer der Regierungsmannschaft Gerhard Schröder schießt aufs falsche Tor und der neue Vorstopper Müntefering ist für uns auch kein Hoffnungsträger.

**Schimpfen und meckern reicht nicht mehr – wir müssen wieder auf die Straße!**

Die Politiker aller großen Parteien haben sich soweit vom Volk entfernt, dass sie gar nicht mehr mitbekommen, wie sehr ihre Politik der Umverteilung von unten nach oben auf Unverständnis und Empörung beim einfachen Bürger stößt.

**Laßt uns ihnen in der einzigen Sprache die sie verstehen zeigen, dass sie damit nicht durchkommen werden!**

Deshalb ruft die DGB Region Uckermark/Barnim zur Beteiligung an der Demonstration am 3. April 2004 in Berlin auf.

**Beginn: 10.00 Uhr Alexanderplatz**

**Kundgebung: 12.00 Uhr Brandenburger Tor**

Wir rufen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslose, Azubis, Rentnerinnen und Rentner, Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten -kurz ALLE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER dazu auf, unseren gemeinsamen Protest auf die Strasse zu tragen.

Informationen zum kostenlosen Bustransfer beim DGB: [www.berlin-brandenburg.dgb.de/ub](http://www.berlin-brandenburg.dgb.de/ub), Tel.03334-382940

**denn: noch immer sind WIR das Volk**

## Ex oriente

*Der Frieden kommt aus dem Osten. Das wußten schon die alten Römer. Aber was kommt aus dem Westen?*

*Ein Blick auf die 750jährige Eberswalder Geschichte bringt uns die Lösung. Das Gründungsjahr 1254 fällt in die Zeit der deutschen Kolonisation. Vorher haben die Ballenstedter, die sich die Askanier nannten, von Westen kommend erst einmal das Land erobert. Dann haben sie sich dick und breit gemacht, das Land an die Kolonisten aus dem Westen verkauft und das Geld versoffen. Vom verbliebenen Rest wurden immer mal Waffen gekauft, um sich Respekt zu verschaffen. Sonst hätte ja keiner Land gekauft und die Herren hätten nichts zu saufen gehabt. So ging das mit einigem auf und ab die ganze Zeit bis heute. Die Herren aus Bayern, Luxemburg, die Burggrafen von Nürnberg und die Westostwestfälischen Beamten haben immer irgendwie das Land geschenkt bekommen, dann an die Kolonisten weiter verkauft und ihre Waffen mitgebracht. Es wurde selten geschossen. Aber zeigen mußte man das Zeug schon, auf all den Turnieren, Fehden, Jagden, Manövern, Paraden, Aufmärschen, Demonstrationen, Schützenfesten, Flugshows und sogar im Museum.*

*Kolonisten sind immer wieder gekommen und haben den Herren das Land abgekauft. Die Flamen, nach denen der Fläming heißt, die Hugenotten, die die Buletten und den Mostrich erfunden haben, die Pfälzer mit den Holzschuhen, die Sachsen mit ihren Schrebergärten, Hallenser Plattenbauten, Halberstätter Würstchen und Barmer Ersatzkassen. Kölner Narren, Thüringer Rotwürste und all die anderen eigenartigen Völkerstämme, die hier siedeln. Sie waren und sind alle wohl gelitten im schönen Brandenburg. Die Waffen waren eigentlich nicht erforderlich. Es gab und gibt kaum einen Angreifer, Land genug und viel zu tun. Was sollte man auch mit der dünn besiedelten Streusandbüchse anfangen? Aber mit den Waffen drohen, damit die Kolonisten auch die Abgaben leisten, mußten die Herren schon. Wer gibt sein Geld schon freiwillig für das Vergnügen der Herren her?*

*Aus dem Westen kommen die Herren, die Kolonisten und die Waffen. Das war schon immer so in Ostelbien. Deshalb soll auch zur 750-Jahrfeier eine große Luftwaffenausstellung in Eberswalde stattfinden, meint die Stadtverwaltung. So ein ganz klein bißchen Respekt braucht man schon, damit die Steuern und Abgaben zügig abgeliefert werden. Oder etwa nicht?*

*Man könnte auch die Leute fragen, ob die nicht lieber ihr Geld behalten wollen und stattdessen die schönen neuen Flugzeuge im Westen bleiben können. Die Antwort ist eindeutig. Denn schon die alten Römer wußten, der Friede kommt aus dem Osten.*

*Ex oriente pax.*

*Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof*

## Keine Kriegswaffenschau in Eberswalde

**Die Mitgliederversammlung der PDS Eberswalde verabschiedete auf ihrer Sitzung am 20. Februar 2004 folgende Erklärung:**

Wie zur Stadtverordnetenversammlung am 19. Februar 2004 bekannt wurde, plant die Bundeswehr eine Woche vor der 750-Jahr-Feier die Durchführung einer großangelegten Kriegswaffenschau in Eberswalde. Unter der Bezeichnung »Unsere Luftwaffe« sollen auf dem Gelände der früheren Chemischen Fabrik Waffen und Geräte der Luftwaffe der Bundeswehr gezeigt und vorgeführt werden.

Durch das vielfältige Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger für Toleranz und gegen Gewalt hat sich das Ansehen der Stadt Eberswalde in den letzten Jahren deutlich verbessert. Die Festwoche zur 750-Jahr-Feier soll das manifestieren.

Bündnis 90/Die Grünen Barnim:

### Widerstand gegen Bundeswehrausstellung

Der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt die Proteste gegen die im Mai in Eberswalde geplante Ausstellung »Unsere Luftwaffe« und spricht sich für eine Absage der Veranstaltung aus.

Wir erinnern an das Wirken der Bürgerinitiative »Eberswalde ohne Armee« unmittelbar nach der Wende und die damals von sehr vielen Bürgern unterstützte Unterschriftenaktion für einen militärfreien Kreis nach Abzug der GUS-Truppen.

In den letzten Jahren erlebten wir ein starkes Engagement für ein tolerantes und gewaltfreies Eberswalde, das Früchte trug und sich positiv für das Ansehen der Stadt auswirkte. Eine Ver-

Die Durchführung der geplanten Kriegswaffenschau wirkt diesem Anliegen entgegen. Die geplante Werbung für Kriegswaffen und Kriegsdienst auf dem Territorium der Stadt schadet dem Image Eberswaldes.

Die internationale Entwicklung der letzten Jahre beweist zur Genüge, daß Krieg keine Probleme löst.

Die PDS Eberswalde fordert, auf die Durchführung der Kriegswaffenschau »Unsere Luftwaffe« zu verzichten.

Die Stadtverordneten der PDS Eberswalde werden aufgefordert, in der Stadtverordnetenversammlung daraufhinzuwirken, daß die Kriegswaffenschau »Unsere Luftwaffe« von der Stadt abgesagt wird.

*Stadtverband der PDS Eberswalde  
JENS-OLAF MELZOW (Vorsitzender)*

herrlichung von Kriegswaffen ist daher, gerade auch im Jahr der 750-Jahrfeier, fehl am Platze.

Für uns ist es unverständlich, daß die Stadtverwaltung, auch angesichts der starken Proteste gegen die Ausstellung »Unser Heer« vor 4 Jahren, so unsensibel mit diesem Thema umgeht und die Stadtverordnetenversammlung weder informiert noch befragt. Die Fraktion Grüne/BFB wird sich daher bemühen, zusammen mit anderen Fraktionen einen gemeinsamen Antrag zur Absage der Schau in das Stadtparlament einzubringen.

*KARL-DIETRICH LAFFIN,  
Sprecher des Kreisverbandes*

Bündnis für Soziale Gerechtigkeit Barnim gegründet

### Gemeinsam gegen »Reform«-Politik

Am 27.02.04 trafen sich Vertreter des DGB, der Gewerkschaften, der Kirche, soziale und arbeitsmarktpolitisch orientierte Verbände, um die Gründung eines Bündnisses für Soziale Gerechtigkeit Barnim zu initiieren. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik wurden in so kurzer Zeit so große soziale Einschnitte vorgenommen wie heute. Was als »Reform« bezeichnet wird, entpuppt sich als blanker Sozialabbau. Doch dieser Sozialabbau wird die öffentlichen Kassen nicht füllen und keine Arbeitsplätze schaffen. Was die Wirtschaft ankurbeln soll, bewirkt eine weitere Schwächung der Konjunktur.

Dieses soziale Bündnis soll eine Plattform bilden, um Erfahrungen und Informationen auszutauschen, sowie um öffentliche Proteste zu organisieren. Erstes Etappenziel für das Bündnis ist die Mobilisierung für den Europäischen Aktionstag am 3. April in Berlin. Alle Bürger und Organisationen, die den gegenwärtigen unsozialen Weg nicht weiter akzeptieren

wollen, sind eingeladen, sich am Bündnis für Soziale Gerechtigkeit in der DGB Region Uckermark/Barnim zu beteiligen. Die bisher beteiligten Gruppierungen und Personen verständigten sich, gemeinsam für den 3. April nach Berlin aufzurufen und zu mobilisieren.

Man will mit geeigneten Werbematerialien an möglichst viele Menschen in der Region herantreten um Sie auf diesen Aktionstag aufmerksam zu machen und dazu zu bewegen den Protest auf die Straße zu tragen.

Ein weiteres Treffen des Bündnisses ist für den 11. März geplant. Es soll um 16.00 Uhr im Evangelischen Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel, Potsdamer Allee 35 stattfinden. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

*ANDREAS SULT*

(Internet: [www.berlin-brandenburg.dgb.de/ub](http://www.berlin-brandenburg.dgb.de/ub),  
eMail: [Andreas.sult@dgb.de](mailto:Andreas.sult@dgb.de), Tel.: 03334-382940,  
Funk: 0160/7437269)

# Ein Leben für den Naturschutz

Kurt Kretschmann zum 90. Geburtstag

Es ist für uns alle, die mit Kurt Kretschmann enger befreundet sind, eine große Freude, daß wir ihm am 2. März zu seinem 90. Geburtstag gratulieren können. Obwohl Kurt nun fast vollständig erblindet ist und in seinem unsäglich schweren Leben viel Leid erfahren hat, tritt er weiterhin unermüdlich, ja nahezu kämpferisch, für den Naturschutz und eine bessere Welt ein. Dabei ist erstaunlich, welche bedeutsamen Erfolge dieser alte Mann in seinem Leben bereits erzielen konnte und für welche vielfältigen Ziele er sich als Naturschützer, Vegetarier und Pazifist gemeinsam mit seiner innig geliebten Frau, Erna Kretschmann, vorbildlich eingesetzt hat.

Besonders in diesen Tagen denke ich deshalb oft daran, wie wir uns kennenlernten. In diesem Zusammenhang kann ich mich noch gut daran erinnern, wie ich als damaliger Oberstufenschüler eines Gymnasiums durch Zufall auf eine Fernsehsendung aufmerksam wurde, die durch den Titel »Was bedeutet es schon reich zu sein« auffiel. Es war das erstmal, daß ich von den Kretschmanns erfahren habe. Durch den Fernsehbeitrag, der unter der Leitung von Herrn Sommerschuh, ORB gedreht wurde, war ich jedenfalls sofort begeistert. Als junger Mensch habe ich bereits damals sehr ähnliche Ansichten vertreten und durch die naturverbundene, vegetarische und konsequente Lebensweise der beiden Kretschmänner konnte ich deswegen Bestärkung und Zuspruch finden.

Völlig unerwartet und ganz plötzlich ist dann Erna Kretschmann am 6. Januar 2001 an einem Herzinfarkt gestorben. Diese traurige Nachricht traf mich wie ein heftiger Schlag, war ich doch vorher durch den Film von ihrer gelebten Menschlichkeit, Gutmütigkeit und Bescheidenheit so sehr beeindruckt. Wie viel größer mußte aber der Schmerz für Kurt sein, der nun sein geliebtes »Ernchen« verloren hat?

Kurzerhand entschloß ich mich, einen Brief zu schreiben, um ihm zumindest ein wenig Trost zu spenden und um ihn zu zeigen, daß es Menschen gibt, die an ihn denken und mit ihm mitfühlen. Was ich allerdings nicht voraussehen konnte, war, daß sich daraus eine engere Freundschaft ergeben würde, die zunächst durch zahlreiche Briefwechsel geprägt war. Durch mein Studium an der Fachhochschule Eberswalde, das im Herbst 2001 begann, bestand dann aber glücklicherweise die Möglichkeit, daß wir uns öfter sehen konnten. Im Verlauf der Zeit konnte ich dabei durch die häufigen Besuche und persönlichen Begegnungen viele seiner wertvollen Lebenserfahrungen kennen lernen und dadurch seine Lebensansichten in ihrer Ganzheit besser begreifen. Dafür bin ich ihm sehr dankbar.

Durch die vielen Gemeinsamkeiten in unserem Leben stand bereits ziemlich früh fest, daß



Kurt Kretschmann, Erfinder der Naturschutz-Eule und des Total-Mulch-Gartens. Hier noch mit seiner Frau Erna.

wir ebenfalls zusammenarbeiten würden, um die Anliegen zu unterstützen, die uns wichtig erscheinen. So wurde beispielsweise am 19. November 2001 in der Aula der FH-Eberswalde ein Vortrag über die Anfänge des Naturschutzes gemeinsam veranstaltet (BBP 12/2001 bis 3/2002).

Die Zusammenarbeit mit Kurt wird sich nun durch ein Praktikum im Mulchgarten weiter fortsetzen. Außerdem ist für April eine öffentliche Veranstaltung geplant, in der es diesmal um das Engagement gegen Krieg und den Einsatz für eine friedliche Welt geht (mehr dazu in der nächsten Ausgabe der BBP).

Lieber Kurt, zum Abschluß möchte ich dir weiterhin alles Gute auf deinen Weg wünschen und dich ermutigen, weiterzumachen. Dein vorbildlicher Einsatz für den Naturschutz und für eine Welt ohne Krieg ist keineswegs auf Sand gebaut, sondern wird auch noch in ferner Zukunft für die Nachwelt von großer Bedeutung sein!

DANIEL FISCHER

Verein und Redaktion der »Barnimer Bürgerpost« schließen sich diesen Glückwünschen von ganzem Herzen an verbunden mit dem Dank für die langjährige bis auf das Jahr 1992 zurückgehende Zusammenarbeit, in deren Rahmen Kurt Kretschmann zahlreiche Beiträge für die »Barnimer Bürgerpost« und der Vorgängerzeitung »Der linke Eberspiegel« schrieb.

# Elternbelastungsgesetz

Mit dem ersten Gesetz zur Entlastung der Kommunen von pflichtigen Aufgaben, das der Landtag mit SPD/CDU-Mehrheit im vergangenen Jahr beschlossen hat, wurde durch Änderung des Schulgesetzes u.a. festgelegt, daß künftig Eltern bei der Schülerbeförderung per Satzung des Landkreises »angemessen«, im Klartext bedeutet das monatlich 20 Euro pro Kind, beteiligt werden müssen. Abgesehen davon, daß es sich die Landesregierung sehr leicht macht, indem sie ihre Verantwortung für die Sicherung der Schulpflicht auf die Landkreise abschiebt, wird aus diesem sogenannten Entlastungs- ein Elternbelastungsgesetz.

Es trifft insbesondere Schüler im ländlichen Raum, die »dank« Konzentration von Schulen immer weitere Wege zurückzulegen haben. Es trifft Eltern mit mehreren schulpflichtigen Kindern sowie Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die eben nicht die nächstbeste Schule wählen können.

Ein Ausdruck von Kinderfreundlichkeit und Chancengleichheit sowie Ausgleich von Benachteiligungen ist dies wirklich nicht. Der Landkreis sollte sich dem Druck der Landesregierung nicht beugen! Bildung ist Landesaufgabe! Zuschüsse für die Schülerbeförderung in den Landkreisen sind durch das Land bereitzustellen.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

# Auflagen nur auf Papier?

Der Kiesabbau im Ortsteil Ladeburg beschäftigt seit Jahren die Gemüter. Lärm- und Staubbelastung, die deutliche Verschlechterung des Straßenzustandes und der sichtbare Verfall der Kirchenmauer infolge des vorbeifahrenden Schwerlastverkehrs führten immer wieder zu heftigen Beschwerden. Nun wäre eine Zuwegung in Richtung Autobahnabfahrt Bernau-Nord insbesondere für die Ladeburger eine deutliche Entlastung. Gegen diese aber hatte die Stadt Bernau geklagt. Dem Investor waren durch das Oberbergamt diverse Auflagen erteilt worden, die bislang nicht oder nur unzureichend erfüllt wurden.

Die Landesregierung erklärt nun in Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Bernauer Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten Dagmar Enkelmann (PDS), nicht in der Lage zu sein, derartige Auflagen umfassend zu prüfen. Sie gibt sich mit Stichproben bzw. schriftlichen Nachweisen zufrieden und verweist auf die Möglichkeit der Nachforderung und den Einsatz von Mitteln des Verwaltungszwangs bei fehlenden oder unvollständigen geforderten Nachweisen. »Wozu werden Auflagen erteilt, wenn sie dann nicht kontrolliert werden«, fragt Dagmar Enkelmann. Sie fordert die Landesregierung auf, ausgehend von den Informationen aus der Stadtverwaltung endlich ihre Verantwortung wahrzunehmen und dem Unternehmen gründlich auf die Finger zu sehen.

BÄRBEL MIERAU

BBP 7/2000 zur Kriegswaffenausstellung »Unser Heer« vor vier Jahren:

## Eberswalder Verwaltungsspitze hätte die Kriegswaffenschau verhindern können

Bereits am 20. Januar 2000, so geht es aus der Antwort des Beigeordneten Uwe Birk auf eine entsprechende Anfrage der bündnisgrünen Stadtverordneten Dorothea Martin hervor, hatte die Bundeswehr ein Erkundungsgespräch bei der Stadtverwaltung in Eberswalde geführt. Bereits damals erhielt die Bundeswehr grünes Licht dafür, ihre Kriegswaffen in Eberswalde auszustellen. Wie Birk schreibt, wird die Stadtverwaltung sogar selbst aktiv und beteiligt sich zum Teil an der Gestaltung des Rahmenprogramms.

Die Verwaltungsspitze hält die Zustimmung zur Durchführung der Ausstellung für ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Frühere Proteste im Zusammenhang mit der 97er Flugshow und der 99er Kriegsübung auf dem Finower Flugplatz und die dabei eingenommene Haltung der Stadtverordnetenversammlung spielten bei den Überlegungen der Verwaltungsspitze offenbar keinerlei Rolle. Dabei zieht sich Birk auf die Position zurück, daß „grundsätzlich die Bundeswehr als Verfassungsorgan berechtigt“ wäre, „auch ohne Zustimmung der

Stadt Eberswalde die Ausstellung in Eberswalde durchzuführen“. Allerdings räumt Birk zugleich ein, „daß die Ausstellung gegen den Willen der Stadtverwaltung natürlich nicht in Eberswalde stattfinden würde“.

Vorsichtshalber hat man geprüft, ob es „Stadtverordnetenbeschlüsse gegeben hat, die eine politische Beschlußfassung zur Genehmigung der Durchführung notwendig gemacht hätte“. Da keine solchen Beschlüsse gefunden wurden, hielt die Verwaltungsspitze es nicht für notwendig, die Stadtverordneten zu fragen. Birk & Co. fanden es sogar für ausreichend, irgendwann im März oder

April den Hauptausschuß und erst am 10. Mai – vier Monate nach den ersten Kontakten mit

der Bundeswehr

der Bundeswehr

der Bundeswehr

offiziell die Stadtverordnetenversammlung über die beabsichtigte Durchführung der Heeresausstellung zu informieren. Den Stadtverordneten wurde so von vornherein die Möglichkeit genommen, parlamentarische Initiativen zur Verhinderung des Waffenspektakels zu ergreifen. Zum Abschluß seines Antwortschreibens gibt Uwe Birk noch einen kurzen Einblick in seine juristischen und historischen Kenntnisse. Die Ausstellung gebe, schreibt er, „unserer Meinung nach“ einen Überblick über „eine Institution, die in unserer Verfassung seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland verankert ist“. Der städtische Rechtsexperte vernachlässigt dabei allerdings, daß die Bundeswehr erst 1956 gebildet wurde und die Grundgesetzartikel, die sich mit Wehrpflicht und Verteidigungsfall befassen, alle später eingefügt wurden. Und zwar 1956 (Art. 17a, 45a und b, 65a, 87a und b) und 1968 (Art. 12a, 80a, 115a bis l). Zur Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 war an eine Wiederbewaffnung noch nicht zu denken, zumindest offiziell und öffentlich. Lediglich den Artikel 26 gab es schon: „Verbot des Angriffskrieges“.

GERD MARKMANN



In der BBP 8/2000 folgte als Ergänzung:

### Reaktion auf 99er Antikriegsproteste

Eberswalde (bbp). In ihrer vorigen Ausgabe informierte die Barnimer Bürgerpost darüber, daß die Eberswalder Verwaltungsspitze bei vorhandenem Willen die Kriegswaffenschau in Eberswalde durchaus hätte verhindern können. Inzwischen erklärte Dezernent Uwe Birk, daß die Stadt über ein Nichtverhindern hinaus erheblich aktiver am Zustandekommen der Waffenpräsentation beteiligt war, als bisher bekannt war.

In den Absprachen mit der Bundeswehr, so Birk, wurden auch die Proteste gegen die Bun-

deswehrübung vor einem Jahr behandelt. Weil sich die Stadtverordneten damals in einem Beschluß gegen die militärische Nutzung des Flugplatzes ausgesprochen hatten, habe man von der ursprünglichen Idee, die Ausstellung auf dem Flugplatz zu stationieren, Abstand genommen. Die Stadt habe der Bundeswehr deshalb den Platz neben der Feuerwache angeboten. Eine Einbeziehung der Stadtverordneten in die Entscheidungsfindung als Folge des vorjährigen Beschlusses hielt die Verwaltungsspitze nicht für notwendig. Ihre Bemühungen zur

Herbeiholung der Ausstellung verstehe die Verwaltungsspitze, sagte der Dezernent, auch als bewußte Reaktion auf die 99er Proteste in Eberswalde gegen die Bundeswehrübung und den Kosovo-Krieg.

Vergessen ist dabei, daß sich vor einem Jahr auch die Stadtverwaltung in einer Presseerklärung eindeutig gegen die militärische Nutzung des Flugplatzes positionierte. Die Initiative für den Beschluß in der Stadtverordnetenversammlung ging damals von der SPD-Fraktion aus.

## Über gute Nachrichten sollten wir uns freuen

Aber uns nicht um die eigene Verantwortung scheuen! – Beim Lesen der vorigen Ausgabe der BBP wurde ich auf den Kommentar von Dr. Manfred Pfaff aufmerksam. Sein Beitrag findet auch meine Zustimmung. Denn jeder Schritt weg vom Krieg und hin zu einer friedlicheren Welt ist ein vernünftiger Schritt, über den wir uns freuen dürfen. Allerdings stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wem diese positiven Nachrichten tatsächlich zu verdanken sind. Sind es die Politiker von SPD und Grünen allein, die eigenständig zu der richti-

gen Erkenntnis kamen, daß der Militärhaushalt deutlich gekürzt werden muß? Oder spielten nicht auch andere Faktoren hierbei eine Rolle?

Nach meiner festen Überzeugung ist es vor allem die soziale Bewegung, die einen wesentlichen Beitrag zu diesen erfreulichen Veränderungen geleistet hat. Ohne den Einfluß und ohne den politischen Druck von Seiten der Friedensbewegung, zahlreichen lokalen Bürgerinitiativen wie attac sowie vielen Umweltorganisationen wie z.B. Greenpeace oder »Friends of the Earth« hätte sich vermutlich

wenig getan. Politiker sind leider nun mal in der Regel wie Klötze in der Landschaft, die erst in Bewegung versetzt werden müssen, bevor sich etwas zum Positiven verändert. Deshalb sollte die Schlußfolgerung für uns lauten, sich gemeinsam zu organisieren und Initiativen unterstützen, die sich für eine friedliche, gerechte und solidarische Welt einsetzen. Dabei sollten wir nicht blind auf die Entscheidungen der Politiker bauen, sondern selbst die Veränderung sein, die wir uns herbeiwünschen.

DANIEL FISCHER

»MOZ« berichtete:

## Die Blümchen, die Diktatur und der V-Tag

Gleich neben der barnimweit mit Nachsicht belächelten »schönenden Wochenschau«, in der u.a. die hochbrisante Frage gestellt wird, ob der Eberswalder Stadtschulze selbst sägt, vermeldet das der »MOZ« beischlafende »Oberbarnim Echo« vom 14/15. Februar dies:

»Seit der Wende ist lieblos, wer den Partner zum Valentinstag nicht mit Blümchen beglückt. Mit der Diktatur fiel auch der Schutzwall gegen eine Tradition, die im Mittelalter in Frankreich und England begann und die dem heiligen Valentinus huldigt...«

Man ist von der Provinzpostille in der Provinzpostille allerhand Erheiterliches wie auch manche Dämlichkeit gewohnt, aber hier haben wir es mit der Ausgipfelung beider Qualitäten zu tun. Der ominöse, in Gesamtdeutschland völlig traditionslose V-Tag wird zum Maß der Liebe erhoben, obwohl er eigentlich und nachweislich mit viel Brimborium, an dem die Journaille kräftig beteiligt war und ist, vom Blumen- und Süßkramhandel »importiert«

wurde zum Zwecke der Geschäftsbelebung in der Saure-Gurken-Zeit zwischen Weihnachten und Ostern. Es heißt im Text nicht »... gilt als lieblos...«, was an sich schon eine Frechheit wäre, nein – »ist lieblos...!« Basta. Einen solch dogmatischen, befehligen Satz hätte sich nicht einmal ein brutal werbender Tulpenhändler einfallen lassen.

Jemandem aus der Schar der »Journalisten« des »Echos« machte die dumm-dreiste Formulierung offenbar keine Probleme.

Ich bekenne, daß ich weder meiner Frau noch meinen zahllosen Geliebten beiderlei Geschlechts auch nur ein Gänseblümchen zum Zwecke der V-Beglückung überreicht und auch keines bekommen habe. Aber ich liebe sie alle!

Und nun – die Ausgipfelung der Ausgipfelung – die Mauer und der Valentinus-Tag... Wir waren gegen die Mauer natürlich nicht wegen möglicherweise fehlender Freizügigkeit, nicht wegen unserer Abkoppelung von der übrigen Welt, nicht, um unsere Mündigkeit zu bewei-

sen, wir waren gegen den Schutzwall (neben der Bananenan gelegenheit) vor allem, um endlich in den Genuß zu kommen, dem Blödsinn des V-Rummels huldigen zu dürfen. Bekanntlich wurde in Leipzig und sonstwo unter der Losung demonstriert: »Es klingt von Rostock bis Berlin – her mit olle Valentin'« Und als wir ihn hatten, den Tag der Liebe, waren es denn doch nur wenige, die das Glück auch per Blumenkauf komplettierten. Trotz mehrtägiger Vorwerbung bekam das »Echo« seine V-Spalte nicht voll und mußte ein allgemeines Kästchen mit Zukunftswünschen für »alle Verliebten« selbst besetzen.

Zu einem Inserat hatten sich alles in allem 11 (elf) »liebe Liebenden« (Pastewka) überreden lassen, darunter ein »Pupsi« bzw. dessen »Maus«, ein »Knutschi« und ein »Kuschelbär« – ein bisschen karg für die Einwohnerschaft zwischen Lunow und Groß-Schönebeck... Es ist eben keine Liebe mehr unter den Menschen.

S.P.

## Welche Farbe soll Nemo haben?

In der Monatszeitung Le Monde Diplomatique erschien am 16. Januar 2004 der Artikel »Mutanten im Aquarium« von Franck Mazoyer. Für die Leser der BBP soll er hier zusammengefaßt werden.

Genetisch veränderte Getreidesorten und Labormäuse gibt es schon lange. Nun ist es jedoch taiwanesischen Forschern gelungen, einen Zebrafisch (Danio rerio), der eigentlich mit einer reizlos schwarzen Farbe ausgestattet ist, per Genmanipulation zum Leuchten zu bringen. Der Laborforschung kann so geholfen werden, denn leuchtende Organe lassen sich im Labor besser erkennen. Night Pearl heißt dieser kleine Liebling der Wissenschaftler, der sich nun auch immer größerer Beliebtheit der Aquarianer erfreut.

Um die Farbe des Zebrafisches zu verändern, wurde das Gen einer grün fluoreszierenden Qualle auf das Genom des Fisches gepropft. Seine Organe begannen hinter der durchsichtigen Haut zu leuchten. Dieser TK1 genannte Fisch entwickelte sich zum Labortier Nummer 1, denn er ist das ideale Versuchstier, daß in Zukunft Ratten und Mäuse ersetzen wird. Bereits am Fischfleisch kann man Versuche an den Tieren durchführen und 72 Stunden später, wenn die Fische schlüpfen, hat man die Resultate der Forschung. Auch als Umweltindikatoren sollen die Zebrafische eingesetzt werden. Es wurden Exemplare geschaffen, die sich bei Kontakt mit verunreinigtem Wasser rot färben konnten. Bald sollen Varianten des Fisches hergestellt werden, die ihre Farbe abhängig von der Temperatur des Wassers verändern. Nach den anfänglichen Erfolgen der Forscher

wurde das Unternehmen Taikong Corp auf die kleinen Fische aufmerksam. Man schloß einen Vertrag, der dem Forschungslabor die wissenschaftlichen Untersuchungen garantierte, dem Unternehmen jedoch die Vermarktungsrechte an den kleinen TK1 zusicherte. 100.000 Mutanten waren innerhalb von einem Monat produziert und für 15 Euro pro Fisch an Liebhaber verkauft worden. Die Produktionskosten hielten sich gering und der Gewinn belief sich auf über eine Million Euro. Taikong Corp war somit das Unternehmen, daß als erstes die Genehmigung zur Vermarktung eines gentechnisch veränderten Tieres zugesprochen bekam.

Zwar wurde auf Druck von Umweltorganisationen der Export nach Japan und Singapur eingestellt, aber der Fisch avancierte zu einer attraktiven Schmuggelware. In Singapur beschlagnahmten die Behörden bereits mehrere Schiffsladungen mit illegal eingeführten TK1. In Europa sind die Fische noch nicht über den Zierfisch-Handel erhältlich, sie werden jedoch bereits in Zoohandlungen ausgestellt, was nicht verboten ist. Für den deutschen Markt wurde zu Jahresbeginn ein Vertrag ausgehandelt, der den Import des Fisches regelt.

Derzeit bringt Taikong Corp mit dem halb grün und halb rot fluoreszierenden TK3 die dritte Generation ihres Mutanten auf den Markt. In ein paar Monaten, so die Unternehmensleitung, wird der Verbraucher übers Internet die Farben auswählen und sein persönliches Einzelexemplar bestellen können. Der Zierfischhandel ist ein lukratives Geschäft. Jährlich werden Umsätze zwischen 200 – 330 Millionen Dollar erzielt. Seitdem »Findet

Nemo« in den Kinos war, ist das Interesse an Zierfischen weiter rasant angestiegen.

Die neuen Geschöpfe könnten schon bald der Erschaffung weiterer gentechnisch veränderter Haustiere den Weg ebnen. Der spielerische Aspekt täuscht über die Gefahren hinweg. Daher ist eine Risikofolgeabschätzung dringend notwendig. Machen wir uns jedoch nichts vor: Angesichts des realen Geschehens sind sämtliche Überlegungen zum Sinn und Unsinn von Manipulationen an Lebewesen zu Vermarktungszwecken schon wieder überholt. Also, welche Farbe darf's denn sein?

CHRISTIAN REHMER

## US-Verschuldung

Die Verschuldung der USA hat jetzt die Grenze von 7 Billionen Dollar überschritten. Nicht berücksichtigt ist hier die Verschuldung der privaten Haushalte, die nochmals auf über 5 Billionen Dollar kommt.

Zum Vergleich: das Bruttoinlandsprodukt der USA betrug 2003 elf Billionen Dollar. Geht man von 290 Millionen Einwohnern in den USA aus, kommen auf jeden Bürger knapp 25.000 Dollar Schulden, einschließlich der Kinder und Babys.

Es ist absehbar, daß das bei 7,384 Billionen Dollar liegende Schuldenlimit der USA Mitte des Jahres erreicht wird. Dann muß Präsident George W. Bush den Kongreß bemühen, um weitere Kredite aufzunehmen. Keine guten Nachrichten für die Präsidentschaftswahl im November. (Quelle: Investor's Daily)

Haushalt der Stadt Eberswalde 2004

# Dokument einer gescheiterten Politik

von Gerd Markmann

Vier Monate brauchte die Stadtverwaltung, um den im Oktober 2003 neu gewählten Stadtverordneten einen Entwurf für den Haushalt 2004 vorzulegen. Normalerweise geht der Haushaltsentwurf bereits im September in die Diskussion. Diesmal aber sollte der Wahlkampf nicht belastet werden, hieß es. Tatsächlich ging es darum, die Wiederwahlchancen des Bürgermeisters nicht zu belasten. Eine weise Voraussicht. Denn der Haushaltsentwurf ist Dokument einer gescheiterten Politik.

Die Leserinnen und Leser der »Barnimer Bürgerpost« kann das indes kaum überraschen, war hier doch schon im Mai 2003 im Teil 6 der Analyse der Bürgerinitiative »25. Juni« zu lesen: »Die Vision von Bürgermeister Reinhard Schulz, mit den Großprojekten Regionalflughafen, Binnenhafen, Finowkanal und Landesgartenschau Initialzündler für die Entwicklung der Stadt Eberswalde zu starten, ist gescheitert. Die dabei vordergründig erzielten Erfolge sind verbunden mit maßloser Verschwendung öffentlicher Mittel... Mit hohem Aufwand entstanden neue Kostenfaktoren, die der Stadt auf Jahre hinaus wie ein Klotz am Bein hängen werden. Dies kann derzeit nur noch durch den Verkauf des städtischen Tafelsilbers kaschiert werden... Der Name Reinhard Schulz steht für den weiteren wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Niedergang in Eberswalde.« (in BBP 5/2003 sowie in der Broschüre der BI 25. Juni »Der Versuch einer Bilanz« vom Sept. 2003)

Zur Kaschierung des bereits Anfang 2003 klaffenden riesigen Haushaltsdefizits flossen dem Verwaltungshaushalt im Wahljahr über drei Millionen Euro aus dem ersten Verkauf von Stadtwerkeanteilen zu. Die übrigen neun Millionen werden zur Existenzsicherung der Technischen Werke gebraucht, die in Umsetzung der Bürgermeistervisionen zwischen 1995 und 2000 als Goldesel der Stadt geschröpft wurden und zum Sanierungsfall mutierten. Dennoch blieb am Jahresende, wie sich nun herausstellte, eine Lücke von 2,7 Millionen Euro. Hinzu kommt das 4,7-Millionen-Loch im aktuellen Haushalt des Jahres 2004.

Gleich einem Heuschreckenschwarm frißt die Verwaltungsnomenklatura das Vermögen der Stadt auf. Um das bisherige Verschwendungsniveau zu wahren, sollen nun weitere 12,5 Prozent der städtischen Stadtwerkeanteile verkauft werden. Der Erlös pro Anteil liegt dabei offenbar nur noch bei zwei Dritteln des Wertes, der beim ersten Anteilsverkauf in die Kassen der Technischen Werke floß. Tolles Finanzmanagement. Die restlichen Anteile gehen dann wahrscheinlich in ein paar Jahren für'n Appel und'n Ei weg.

Schon seit drei oder vier Jahren kann der katastrophale Zustand der städtischen Finanzen nur noch mittels Haushaltskosmetik schöngefärbt werden. Das ist nun kaum mehr möglich. Die Mittelkürzungen aus Zuweisungen von Land und Bund, die die Situation weiter verschärfen, stellt der Kämmerer als Hauptgrund der Misere dar (MOZ, 27.2.2004). Er muß voller Dank sein, daß ihm das Land Gelegenheit gibt, von den hausgemachten Gründen abzulenken.

Das vorgelegte »Haushaltskonsolidierungskonzept« ist einerseits nicht das Papier wert, auf dem es steht. Andererseits zeugen Haushalt und Konsolidierungskonzept von der Weiter-so-Mentalität der herrschenden Nomenklatura.

So heißt es im Haushaltsentwurf, »ab 2005 soll es jedoch ein neues Finanzausgleichsgesetz im Land Brandenburg geben, daß wesentlich höhere Landeszuweisungen an die Kommunen verspricht«. Obwohl klar ist, daß es sich lediglich um Wahlkampfgetöse der CDU/SPD-Regierung handelt, werden die versprochenen Mehrzuweisungen als eine Grundlage für das Eberswalder »Konsolidierungskonzept« verbucht.

Die Investitionen des Verwaltungshaushaltes sollen wie bisher nicht an den Bedürfnissen der Stadt Eberswalde ausgerichtet werden sondern daran, »möglichst viele Fördermittel auch noch in den Folgejahren zu erhalten«. Deshalb seien »auch vorrangig Maßnahmen in das Investitionsprogramm aufgenommen (worden), bei denen die Chance auf Fördergelder besteht«. Die Investitionspolitik der Verwaltungsspitze wird von einer aus den 50er Jahren stammenden Tonnenideologie bestimmt.

Zusätzliche Einnahmen sollen Steuererhöhungen und der erwähnte Verkauf weiterer Stadtwerkeanteile bringen. Als Einsparungspotentiale nennt der Kämmerer die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, wobei unklar bleibt, wie deren Aufgaben künftig erledigt werden. Die Abgabe des Bauordnungsamtes an den Kreis soll jährlich 150.200 Euro sparen, obwohl hier zehn Beamte und Angestellte beschäftigt sind. Die Kosten für eine Arbeitskraft betragen im allgemeinen rund 50.000 Euro pro Jahr. Die vorgeschlagene Abgabe der weiterführenden Schulen an den Kreis widerspricht dem bereits ausdrücklich artikulierten politischen Willen der meisten StVV-Fraktionen.

Als perfide muß der Vorschlag zum Abschluß eines Haustarifvertrages bezeichnet werden. Angestellte und Arbeiter sollen pauschal fünf Prozent Kosten sparen (knapp eine Million Euro p.a.), indem ihre Arbeitszeit um zwei Stunden reduziert wird. Als Gegenlei-

stung erhalten sie die Versicherung, daß nach dem 30. Juni 2007 fünfzig Stellen abgebaut werden.

Natürlich muß klar sein, daß die maßgeblich auch als Folge hausgemachter Mißwirtschaft entstandene Situation für die Stadt nur noch durch eine Einsparung an Personalkosten gemeistert werden kann. Nur kann es nicht darum gehen, vor allem dort zu sparen, wo direkt Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbracht werden, während die sogenannte »Kernverwaltung« und vor allem deren Führungskreise weitgehend ungeschoren bleiben. So kann es kaum auf Verständnis stoßen, daß die Beamten von den geplanten Gehaltskürzungen weitgehend verschont bleiben sollen. Das wäre lediglich den im Schichtdienst tätigen Kollegen der Feuerwehr zuzugestehen, die ohnehin vor allem die niedrigeren Vergütungsstufen besetzen.

Eine sozial verträgliche Variante sollte gestaffelte Einbußen vorsehen. Den hohen Beamten- und Angestelltentariifen wären beispielsweise Kürzungen bis zu dreißig Prozent zuzumuten, die bei den mittleren Gehaltsstufen auf fünf Prozent reduziert werden könnten und bei den unteren Lohnstufen ganz wegfallen sollten.

Bezeichnend die Bemerkung des Kämmerers, daß »beim Abbau von 50 Stellen ab 2007 ... keine Leitungspositionen vorgesehen« seien. Am Ende besteht die Stadtverwaltung aus lauter Generälen ohne Armee. Das Leitbild der Nomenklatura.

Wenig Verständnis können zudem solche Vorschläge erwarten wie die pauschale Reduzierung der Straßenbeleuchtung. In den Wohngebieten soll Finsternis herrschen, während der Hafen und andere Gewerbegebiete ihre Festbeleuchtung behalten. Die Einsparungen bei den freiwilligen Aufgaben der Kultur-, Sozial-, Jugend- und Sportförderung usw. tragen nur unwesentlich zur Haushaltskonsolidierung bei, haben aber für das entsprechende Kultur- und Sozialleben verheerende Folgen. Statt rigider Kürzungen sind hier Bemühungen notwendig, um neue Finanzierungsquellen zu erschließen, die unabhängig vom kommunalen Haushalt funktionieren.

Als Fazit bleibt nur eines: Den vorgelegten Haushaltsdokumenten zuzustimmen hieße, jeglichen Willen für eine positive Entwicklung dieser Stadt aufzugeben. Den für die entstandene Situation Verantwortlichen bliebe eigentlich nur eine Möglichkeit zur Ehrenrettung – der sofortige Rücktritt. Was aber, wenn nichts da ist, was gerettet werden kann? Dann wird es wohl nur noch darum gehen, erworbene Pfründe mit allen Mitteln zu verteidigen.

## PDS Eberswalde mit neuem Vorsitzenden

Am 20. Februar fand in der Feuerwache Eberswalde die Wahlversammlung zur Wahl des Vorsitzenden des Stadtvorstandes und die Wahl des neuen Stadtvorstandes der PDS Eberswalde statt. 53 Mitglieder der PDS waren anwesend. Schwerpunkte der Diskussion waren die Parteireform, die Vorbereitung der Europawahl und der Landtagswahl in diesem Jahr. Inhalt der Arbeit der Partei wird es auch sein, parteiübergreifend das Wohl der Stadt zu sichern. Absoluter Schwerpunkt bildet dabei die weitere Entwicklung einer stabilen Wirtschaft und die Verhinderung eines weiteren Abwanderns von Menschen aus der Stadt.

Bei der Wahl zum neuen vorsitzenden standen 2 Kandidaten zur Auswahl: Volker Passoke (48), Rechtsanwalt, und Jens-Olaf Melzow (44), Versicherungsfachmann. In der geheimen Wahl wurde Jens-Olaf Melzow zum neuen Vorsitzenden des Stadtvorstandes der PDS gewählt. Er erhielt 29 der 53 möglichen Stimmen, 23 Stimmen erhielt Volker Passoke, eine Stimme war ungültig. Außerdem wurde der neue Vorstand gewählt. Mitglieder sind Karin Wagner, Sabine Büschel, Sabine Stüber, Torsten Duckert, Robert Malinowski und Karl-Heinz Kuntzsch. *JENS-OLAF MELZOW, Vorsitzender der PDS Eberswalde*

## »PDS-Politik muß offensiver werden«

»Es liegt an euch, einen Stadtvorsitzenden eures Vertrauens zu wählen«, appellierte der PDS-Kreisvorsitzende Ralf Hoppe an die Eberswalder Genossen. Zuvor hatte er angemerkt, daß in der Vergangenheit das Vertrauen zum Stadtvorsitzenden manchmal gestört gewesen sei. Solcherart Einflußnahme auf die Wahl eines Basisvorstandes erscheint als ungewöhnlich und erinnert an die Ereignisse des Jahres 1998, als schon einmal nicht ohne äußeres Zutun die Führungsspitze der Eberswalder PDS wechselte.

Amts inhaber Volker Passoke hatte auf die im Hintergrund laufende Kaderpolitik damit reagiert, daß er entgegen seiner ursprünglichen Absicht nochmals als Stadtvorsitzender kandidierte. In seiner wenig kämpferischen Vorstellungsrede ging er auf diese Beweggründe allerdings nicht ein. Sein Gegenkandidat Jens-Olaf Melzow agierte mit mehr Biß. Kritisch äußerte er sich zum Wahlkampf der PDS Eberswalde im vergangenen Herbst. Trotz des fleißigen Müehens vieler Genossinnen und Genossen sei Euphorie fehl am Platze. Bei künftigen Wahlen müsse die PDS intensiver, offensiver und mit

einheitlicher Auffassung auftreten. Die PDS als Massenpartei will Melzow durch Erhöhung der Sachkompetenz stärken. »Da verfügen wir ein unendliches Potential, das bisher nicht genutzt wird. Zu den Themen Soziales und Bildung beispielsweise. Aber auch unsere Wirtschaftskompetenz müssen und können wir viel stärker als bisher unter Beweis stellen.«

Zur regelmäßig gescholtenen Öffentlichkeitsarbeit habe er konkrete Vorstellungen, sagte Jens-Olaf Melzow. Funktionieren könne das nur durch Einbeziehung der Basisorganisationen, deren Wirksamkeit er durch kompetente Beauftragte des Vorstandes erhöhen will.

Zum Vorteil von Stadt und Kreis hält er eine Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften für sehr sinnvoll. Das entsprechende Anliegen des nach der Kommunalwahl von der Kreistagsfraktion verkündeten »Barnimer Weges« teile er. Bei der aktuellen Wasser- und Abwasserpolitik hingegen sei ein weiteres Gegenhalten angesagt. Auch die Themen Friedenspolitik und 750-Jahr-Feier riß er in seiner Rede an.

G.M.

## Brief der Stadtverordneten

**Eberswalde (prest-ew).** Die Stadtverordnetenversammlung hat in einem Brief an das MSWV, gerichtet an den Leiter der Abt. Straßenwesen Hans-Joachim Vollpracht, ihr dringendes Interesse an der zeitnahen Fortführung der B 167 n bekundet und daran, diese nicht an der B2 enden zu lassen.

Als Lösungsansatz wird in dem Brief vorgeschlagen, die B 167 Ortsumfahrung Finowfurt/Eberswalde (B 198 – B 2) ab dem geplanten Knoten mit der B 2 weiter zu führen auf der Eberswalder Gemarkung und östlich von Sommerfelde oder besser noch östlich von Tornow an die B 167 alt anzubinden.

Das Raumordnungsverfahren für den 2. Bauabschnitt könnte so vom Vorhaben »B 167 Ortsumfahrung Finowfurt/Eberswalde – Ortsumfahrung Bad Freienwalde« abgetrennt werden, so daß eine schnelle Verkehrslösung für die Stadt Eberswalde möglich wäre.

## Sparkassenfusion

Die Fusionsangebote der Mittelbrandenburgischen Sparkasse, aber auch der Sparkasse Märkisch-Oderland hat die Fraktion der PDS zur Kenntnis genommen. In einer gemeinsamen Beratung von Vertretern der betroffenen Kreistagsfraktionen der PDS (Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming, Havelland, Brandenburg, Oberhavel) sowie der PDS-Kreistagsfraktion Uckermark im Mai diesen Jahres wird sich die PDS erneut mit der Frage der Zukunft der Sparkassen im Land Brandenburg beschäftigen. Einen aktuellen Handlungsbedarf sehen die wir nicht. Die Gewährleistung leistungsstarker Finanzinstitute in den Regionen als Garant zur Förderung der regionalen Klein- und Mittelständischen Unternehmen aber auch zur Unterstützung des gesellschaftskulturellen Lebens in den Landkreisen hat für die PDS absolute Priorität.

*MARGITTA MÄCHTIG, Fraktionsvorsitzende*

## Sozialausschuß

**Eberswalde (prest-ew).** Der Sozialausschuß befaßte sich in seiner Sitzung am 10. Februar mit dem Vorbereitungsstand zur 750-Jahrfeier. Beigeordneter Uwe Birk gab eine Sachdarstellung zu den Programmpunkten an den Wochenenden 28./30. Mai und 4./6. Juni 2004. Die Vorbereitungen laufen planmäßig und das Angebot wird so vielfältig, daß von der Jugend bis zu den Senioren alle in großer Erwartung auf erlebnisreiche Tage sein können. Es wird ein Fest, das ein Zusammengehörigkeitsgefühl aller Eberswalder/innen stärken wird. Schon die zugesagte große Teilnahme am Festumzug betätigt dies.

Für die Arbeitsgruppe Ehrenamt nahm Inge Kolodzeike eine kurze Auswertung der zurückliegenden Arbeit vor. Die Arbeitsgruppe wird es weiterhin geben und eine Auszeichnung von Ehrenamtlern für ihr besonderes persönliches Engagement ist wieder vorgesehen. Ausschußvorsitzender Hardy Lux wies auf die Bedeutung von ehrenamtlichem Engagement in der heutigen Zeit hin. Es wird einen immer höheren Stellenwert erreichen in Zeiten so knapper Haushaltskassen, in den Fraktionen sollte das Thema nochmals angesprochen werden. Zum Haushaltsplan 2004 wurde vom Ausschuß die Empfehlung an die Politik ausgesprochen, dem ihm vorgelegten Haushaltsansatz zu folgen und keine weiteren Abstriche in Positionen vorzunehmen, die den Zuständigkeitsbereich dieses Ausschusses betreffen.

## Schul-/Kita-Ausschuß

**Eberswalde (prest-ew).** Der Ausschuß tagte am 24. Februar unter der Leitung von Hans Pieper (PDS) im Evangelischen Kindergarten, Pfeilstraße. Diskussionspunkt war die Beschlussvorlage zum öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Wahrnehmung von Aufgaben des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe – Kindertagesbetreuung durch die Stadt Eberswalde.

Diesem Antrag wurde im Ausschuß mehrheitlich stattgegeben. Die StVV hat nun darüber zu befinden, ob die Stadt Eberswalde per Vertrag rückwirkend ab 1. Januar 2004 die Aufgabe der Gewährleistung eines bedarfsgerechten Tagesbetreuungsangebotes für den Landkreis Barnim als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe ausführen soll. In der Sachverhaltsdarstellung ist ausgeführt, daß traditionell die Kinderbetreuung eine Aufgabe der Städte und Gemeinden ist. Auch inhaltlich sind diese seit 1990 für die Tagesbetreuung zuständig. Seit 1991 wurden einige kommunale Kitas in freie Trägerschaft übergeben. Immer aber blieb die Stadt in der Pflicht, die Betreuung zu bezuschussen. Kinderbetreuung ist somit ein wesentlicher Aufgabenbereich kommunaler Selbstverwaltung.

Waltraud Schmidt, Leiterin der Evangelischen Kita, stellte anschließend das inhaltliche Konzept der Kita vor und führte die Ausschußmitglieder durch die Räumlichkeiten.

Fraktion BKB/Freie Wähler schrieb an Kommunalaufsicht

## ZWA-Ausschlußbeschuß nicht rechtskräftig?

Die Fraktion BKB / Freie Wähler in der StVV ist der Auffassung, daß der Beschluß der StVV Nr. 3-57/04 zum Ausschluß der Gemeinde Schorfheide aus dem Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Eberswalde nicht rechtskräftig ist, weil der Grundsatz der Öffentlichkeit verletzt wurde...

Es gab viele Möglichkeiten die Abgeordneten über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Entscheidung zum Ausschluß der Gemeinde Schorfheide zu informieren... Gewählt wurde aber eine nichtöffentliche Beratung, die nicht an Satzungsrecht gebunden ist. Einzig erkennbarer Grund ist, das Thema klein und die Öffentlichkeit herauszuhalten.

In einer »Vorberatung« vor der Stadtverordnetenversammlung am 11.12.04 beschäftigte sich die Runde mit der Situation, die durch die Ablehnung Dr. Spangenberg, ohne ausdrückliches Mandat der StVV in der Versammlungsversammlung für den Ausschluß von Schorfheide zu stimmen, entstanden war. Die Zulässigkeit der »Vorberatung« steht ohnehin in Frage, da diese ein Beratungsgremium darstellt, das keinerlei Satzungsrecht unterliegt. Es gibt keine durch die StVV fixierte Aufgabenstellung für dieses Gremium. Die Beratungen erfolgen nicht öffentlich und sind nicht einmal für andere als die eingeladenen Abgeordneten offen. Die Beratungen finden jeweils eine halbe Stunde vor Beginn der StVV statt, so daß auch im Nachgang keine Informationen beispielsweise an die Fraktionsmitglieder mehr gegeben werden können. In einer solchen Beratung irgendwelche Fragen zu beraten, die in die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung fallen oder die Durchführung der StVV betreffen, ist nach Meinung der Fraktion ein Verstoß gegen die Gemeindeordnung (GO) des Landes Brandenburg... Ist die Praxis der »Vorberatungen« also überhaupt schon fragwürdig, so ist die Festlegung, eine Arbeitsgruppe aus Stadtverordneten der verschiedenen Fraktionen zu bilden, die sich mit einer Aufgabe in der Zuständigkeit der StVV beschäftigt, auf jeden Fall ein Verstoß gegen die GO. Im konkreten Fall trifft ein privates Gremium Entscheidungen, die der StVV zukommen.

Das Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 11.12.04 (nichtöffentlicher Teil) sagt aus, daß in nichtöffentlicher Sitzung darüber informiert wurde, daß in der Zweckverbandversammlung am Vortage über den Ausschluß der Gemeinde Schorfheide gesprochen wurde und die Zweckverbandversammlung die Mitgliedsgemeinden aufgefordert habe, über diese Frage zu beraten. Ferner wurde in der nichtöffentlichen Sitzung darüber informiert, daß sich in der Vorberatung die Fraktionsvorsitzenden, der Vorsitzende der StVV und der Bürgermeister geeinigt haben, eine Arbeitsgruppe zu bilden, um »im kleineren Rah-

men über diesen Sachverhalt ausführlich zu diskutieren, so daß keine langwierigen Diskussionen in den Versammlungen nötig sind«.

Damit wird bestätigt, daß die »Vorberatung« Festlegungen getroffen hat, die in die Kompetenz der StVV eingreifen. Zugleich wird auch bestätigt, daß es (entgegen der späteren Behauptung des Bürgermeisters von der Informationsveranstaltung) der Zweck der Arbeitsgruppe ist, »langwierige Diskussionen« aus der StVV herauszunehmen. Auch die im Protokoll enthaltene Aufforderung an die Fraktionen, für die Arbeitsgruppenberatungen entsprechende Vorarbeiten zu leisten, um die Effektivität der Arbeitsgruppenberatung sicherzustellen, unterstreicht, das die Arbeitsgruppenberatung als Teil der StVV-Arbeit gesehen wurde. Dem entspricht auch, daß innerhalb der nichtöffentlichen Sitzung der StVV die noch nicht benannten Vertreter der Fraktionen bestimmt wurden...

Die mit Schreiben vom 29.12.03 an Bürgermeister Schulz gegangene Aufforderung, die Entscheidung zur Bildung der Arbeitsgruppe zu kassieren, wurde in erster Linie mit der Verletzung des Öffentlichkeitsgrundsatzes begründet... Es bestand »Einigkeit« über eine Verfahrensweise, die nicht rechtskonform war. Insofern hatte der hauptamtliche Bürgermeister die Verpflichtung, auf diesen Fakt hinzuweisen und die Bildung der Arbeitsgruppe zur Verlagerung der Debatte in eine nichtöffentliche Runde nicht zuzulassen.

Mit seiner Antwort vom 5. Januar 2004 erklärt Bürgermeister Schulz, daß es keinen Handlungsbedarf gäbe, weil es keine Entscheidungen gäbe... Diese Aussagen stehen im Widerspruch zum Protokoll der Sitzung der StVV vom 11.12.04.

Durch die Ablehnung und Nichtteilnahme der Fraktion BKB / Freie Wähler an der Arbeitsgruppe war die »Einigkeit« der Fraktionen zur gemeinsamen Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung zum Thema »Ausschluß der Gemeinde Schorfheide« nicht mehr gegeben. War diese Übereinstimmung die Vorbedingung zur Bildung der Arbeitsgruppe, dann war mit dem Dissens dazu die Arbeitsgruppe hinfällig. Trotzdem hielten die übrigen Beteiligten an der Arbeitsgruppe fest und führten am 14.01.04 eine Beratung unter Ausschluß der Öffentlichkeit durch.

Der StVV lag die Vorlage 8/3/04 zur Beratung und Entscheidung vor. Die Vorlage enthielt keine Begründung und gab damit der Öffentlichkeit keine Möglichkeit, die Entscheidung nachzuvollziehen. Mit der Formulierung »...gemäß § 21 Abs. 2 GKG...« wurde der Eindruck erweckt, als würde sich aus dem GKG die Notwendigkeit des Ausschlusses ergeben, obwohl hier nur die prinzipielle Möglichkeit enthalten ist. Dies ist als Versuch der Täu-

schung der Öffentlichkeit zu werten. Ferner enthält die Vorlage eine Übersicht über die finanziellen Auswirkungen. In der Übersicht ist das Kästchen »nein« angekreuzt, womit finanzielle Auswirkungen verneint werden. Auch diese Darstellung ist irreführend.

In der Sachverhaltsdarstellung zur Vorlage wird von einem »optionalen« Beschluß der Zweckverbandversammlung vom 27.02.2002 gesprochen, »für den Fall des Wirksamwerdens des Gemeindezusammenschlusses der Gemeinde Finowfurt und Groß-Schönebeck, die daraus entstehende Gemeinde Schorfheide gemäß §21 Abs. 2 GKG aus dem ZWAE auszuschließen«. Damit wird ein Beschluß in die Argumentation einbezogen, der zu diesem Zeitpunkt gar nicht gefaßt werden durfte und damit auch keine Optionen enthalten kann. Es wird der Eindruck erweckt, als ergebe sich der zu fassende Beschluß schon aus einem früher gefaßten Beschluß.

Die nach Auffassung von Bürgermeister Schulz zulässige »gebündelte Information« an die Arbeitsgruppe, fand sich in der StVV am 22.01.04 nicht wieder. Waren nicht alle Abgeordneten an der Arbeitsgruppe beteiligt, so mußten ihnen die dort gegebenen Informationen in anderer Weise zur Verfügung gestellt werden... Dies ist nicht geschehen. Es ist in keiner Weise bekannt, welche »gebündelten Informationen« in der Arbeitsgruppe gegeben wurden. Es liegen weder Informationen in Papierform vor, noch wurden vor oder während der Debatte in der StVV diese Informationen gebündelt gegeben. Damit hatten nicht alle Abgeordneten den gleichen Kenntnisstand in der Sache als Grundlage für ihre Entscheidung.

Die am 12.01.04 durchgeführte Arbeitsgruppenberatung war auch nicht wie vom Bürgermeister behauptet nur eine Informationsveranstaltung. Vielmehr wurde entsprechend den Intentionen mit der Bildung der Arbeitsgruppe eine intensive Problemdiskussion geführt. Beweise in Form von Protokollen oder ähnlichem liegen nicht vor. Jedoch erklärte ZWAE-Geschäftsführer Hein in der Debatte der StVV, daß dort eine »sehr interessante Diskussion« stattgefunden habe.

Das bedeutet, daß ein Teil des Meinungsbildungsprozesses der Stadtverordneten hinter verschlossenen Türen unter Ausschluß der Öffentlichkeit und sogar eines Teils der Stadtverordneten stattfand.

Aus den vorstehenden Darlegungen ergibt sich, daß der Beschluß 3-57/04 nicht rechtskräftig sein kann.

Sehr geehrte Frau Rühmkorf, wir bitten Sie im konkreten Falle als Kommunalaufsicht wirksam zu werden und den gefaßten Beschluß zu beanstanden...

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG, Fraktionsvorsitzender der BKB (redaktionell gekürzt)

## »Bürgeraktivierung« im Brandenburgischen Viertel

Im Rahmen des Förderprogrammes »Soziale Stadt« laufen seit etwa einem Jahr eine Reihe von Aktivitäten, die auf eine Verbesserung der sozialen Situation im Brandenburgischen Viertel abzielen. Einige Enthusiasten vom Verein »Lokale Agenda 21 Eberswalde« verschreiben sich der »stadteilbezogenen Bürgeraktivierung«. Gemeinsam mit den Schulen und Kitas des Viertels wurde ein Modell des Viertels gebastelt und im November vorigen Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt. Nachdem im September der damalige Bauminister Hartmut Meyer wahlkampfwirksam Fördermittelbescheide für die ersten Abrißmaßnahmen überreicht hatte, erfuhren auch die hier wohnenden Bürgerinnen und Bürger, daß Stadtbau im Brandenburgischen Viertel hauptsächlich als Abriß zu verstehen ist. Im Rahmen der »Bürgeraktivierung« konnten die Bürgerinnen und Bürger auf kleinen Zettelchen ihre Wünsche, Kritiken und Verbesserungsvorschläge für das Viertel aufschreiben.

Um ihre Arbeit »gezielt nach den Wünschen und Bedürfnissen der Einwohner und Einwohnerinnen des Viertels ausrichten zu können«, luden die Projektmitarbeiter am 4. Februar zu einer weiteren Veranstaltung, um gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern »die ersten Ergebnisse auszuwerten und Prioritäten für die Umsetzung zu nennen«. Die Veranstalter zeigten sich sichtlich überrascht, daß an die 100

Bürgerinnen und Bürger kamen. Noch überraschter waren sie, als diese sich nur wenig für die gesammelten Zettelchen interessierten, sondern konkret die aktuellen Probleme im Zusammenhang mit dem Abriß ansprachen. Gudrun Müller (Lokale Agenda), Cornelia Sprengel (Quartiermanagement) und Lothar Müller (Mitarbeiter »Soziale Stadt«) gelang es nicht, situationsbedingt auf diese anderen Erwartungen der Gäste einzugehen und ertreten dafür den Unmut vieler Gäste. »Ich bitte doch alle, die hier Verantwortung tragen – und letztlich dafür gut bezahlt werden«, brachte Carsten Zinn aus dem Brandenburgischen Viertel unter lautem Beifall der Anwesenden die verschiedenen Aussagen auf den Punkt, »die Bürger ernst zu nehmen. Statt hier 'Wünsch Dir



Abriß im Brandenburgischen Viertel: Anfang März begann der Abbruch des Wohnblocks Rheinsberger Straße 17 - 27. Foto: G.M.

was' mit Irmgard Düren zu spielen, sollte man die Wohnungsgesellschaften und den Baudezernenten ranholen und sagen, was ist realistisch. Wir wissen alle, daß in dieser Stadt vieles nicht zu finanzieren ist. Weil die Kommune pleite ist, das muß man doch so deutlich sagen. Dann die Leute zu verarschen, das sollte man sein lassen.«

Dabei waren die Projektmitarbeiter durchaus die falschen Adressaten der Kritik. Denn der beklagte Mangel an Informationen ist gewollt. In dem von der vorigen Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2002 bei 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich beschlossenen »Stadtbaukonzept« heißt es ausdrücklich: »Eine Information der Gebietsbevölkerung ist geplant, wenn eine ausreichende Fördersicherheit für die in Aussicht genommenen Maßnahmen der nächsten Jahre besteht.« Kein Wort von regelmäßigen Bürgerinformationen und Mieterberatungen, wie in anderen Stadtteilen vorgesehen.

Der größere Teil der Bürgerinnen und Bürger verließ frustriert die Veranstaltung. Sie werden kaum mehr für irgendeine Art von »Bürgeraktivierung« zur Verfügung stehen. Das löbliche Engagement der Projektgruppenmitglieder wird mißbraucht zur Vorspiegelung nicht vorhandenen Interesses an den hier lebenden Menschen und muß somit zwangsläufig verpuffen.

GERD MARKMANN

Zweckverband Flugplatz Finow

## Bei Akteneinsicht behindert

Eberswalde (bbp). Am 11. November 2003 stellte Thomas Gilles von der Bürgerinitiative gegen den Ausbau des Flugplatzes Finow, an den Zweckverbandvorsteher Herrn Schulz einen Antrag auf Akteneinsicht. »In diesem Antrag habe ich die Themen benannt und die Bitte geäußert die Akten vollständig zur Einsicht auszulegen, also mit Anlagen, Antwortschreiben usw., um die inhaltlichen Bezüge nachvollziehen zu können«, heißt es in einer Beschwerde, mit der sich Thomas Gilles jetzt an den Datenschutzbeauftragten des Landes Brandenburg Dr. Dix wandte. Als Gilles am 3. Februar die Akten einsehen wollte, bekam er nämlich nur »willkürlich zusammengestellte Einzeldokumente vorgelegt, die nicht dem gesetzgeberischen Willen nach einer korrekten Akteneinsicht des AIG Land Brandenburg entsprechen«. Zum Anfragepunkt »Wasserschutzgebiet innerhalb der Zweckverbandsliegenschaft und dazugehörigen Schriftverkehr und Gutachten« legte man ihm alte und ungültige DDR-Standards (TGL Blätter von 1970 und ein Deckblatt eines Kreistagsbeschlusses von 1981 mit einem handschriftlichen Vermerk »Aufgehoben«) vor. Von der Entwicklungskonzeption sei außer dem Entwurf eines bunten

Bildes nichts vorhanden, was der Behauptung der Projektentwickler WVZ (Wirtschafts-Verkehrszentrum Finow GmbH Co.KG) in »Start frei für Finow« widerspricht, dessen 10 Argumente für den zukünftigen Wirtschaftsstandort Flugplatz Finow seien in Verbindung mit dem Ansprechpartner Zweckverband Flugplatz Finow und in Abstimmung mit dem Ministerium MSWV, Projektgruppe Finow zu sehen.

»Zu den zur Einsicht angefragten Altlasten«, so Gilles weiter, »bekam ich eine Problemanalyse ohne Datum oder erkennbaren Auftraggeber und Verfasser des Textes vorgelegt. Verweigert wurde vom Zweckverband auf meine Nachfrage prinzipiell die Einsicht in elektronisch gespeicherte Informationen zu den angefragten Themen sowie den zu Akten dazugehörigen Schriftverkehr einzusehen.«

Da der Zweckverband Flugplatz Finow wiederholt nicht bereit sei eine Akteneinsicht nach dem AIG des Landes Brandenburg durchzuführen, geht der Beschwerdeführer vom Vorschlag des Zweckverbandsvorsteher Herrn Schulz aus, das bestehende Recht auf Akteneinsicht zu verhindern. Gilles richtet an Dr. Dix die Bitte, sein »Recht auf Akteneinsicht gegenüber dem Zweckverband durchzusetzen«.

## Traumergebnisse

Eberswalde (bbp). Mit Traumergebnissen von 96,4 und 98,2 Prozent wählten die Delegierten des PDS-Kreisparteitages am 28. Februar die Biesenthalerin Margitta Mächtig (Wahlkreis 13 – Eberswalde, Schorfheide, Amt Joachimsthal), Dr. Dagmar Enkelmann aus Bernau (Wahlkreis 14 – Bernau, Panketal) und den Schönower (seit kurzem Ortsteil von Bernau) Ralf Christoffers (Wahlkreis 15 – die übrigen Gebiete des Kreises Barnim) zu Direktkandidaten der Landtagswahl im Herbst diesen Jahres.

Ein Antrag, die Direktkandidaten in Wahlkreisversammlungen zu bestimmen, war zuvor mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden. Die in Teilzeit als Behindertenbeauftragte der Stadt Eberswalde tätige Ingeborg Kolodzeike (Althüttendorf) wurde vom Kreistag als Kandidatin für die Landesliste der PDS Brandenburg vorgeschlagen.

Außerdem standen u.a. die »Politischen Schwerpunkte der PDS Barnim im Jahr 2004« zur Debatte. Nach mehreren Änderungen wurden die Schwerpunkte mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen. Dank der guten Parteitagegeregung endete die Tagung am Eberswalder Stadtsee anderthalb Stunden vorfristig.

## Landmann und die Garagen

Es stimmt optimistisch, wenn in der StVV am 19. Februar die Bürger herzlich willkommen heißen und sogar aufgefordert werden, Fragen zu stellen, Meinungen zu äußern und Vorschläge zu machen. Kein Wort darüber, daß die Überfüllung des Raumes vielleicht die Beratungen stören könnten, keine Vorabermahnungen an die Bürger, wie sie sich verhalten müssen, um nicht hinausgeworfen zu werden. Das war ein neues Niveau der Versammlungsleitung, wie man sie in der Vergangenheit nicht kannte. Die zahlreich anwesenden Bürger werden es mit Sicherheit positiv zur Kenntnis genommen haben. Das könnte ein Anfang einer besseren Einbeziehung der Bürger in die kommunale Selbstverwaltung sein.

Als interessierte Einwohner waren zur StVV vor allem Garagenbesitzer erschienen, die hören und sehen wollten, wie man mit ihrem Anliegen umgeht. Sie kamen nicht als Demonstranten und sondern einfach nur als Bürgerkontrolle. Dabei wäre es durchaus überlegenswert gewesen, die Gelegenheit für Unmutäußerungen zu nutzen. Es war nämlich genau der Donnerstag vor fünf Jahren, an dem die StVV die Erhöhung der Nutzungsentgelte beschlossen und damit breite Proteste und die Bildung einer Bürgerinitiative ausgelöst hatte. Die Bilanz dieser fünf Jahre ist hinsichtlich des Garagenthemas kein Ruhmesblatt. De facto haben sich die Bedingungen für die Garagenbesitzer verschlechtert. Die Widersprüche gegen die Nutzungsentgelterhöhung wurden durch die Stadt mittels ihrer stärkeren Rechtsposition niedergekämpft. Die weiteren Forderungen der Bürgerinitiative wurden hartnäckig abgeblockt.

Der uneingeweihte Besucher der Stadtverordnetenversammlung mußte bei den Aussagen des 1. Beigeordneten und stellvertretenden Bürgermeisters zu Einwohnerfragen und zur Vorlage selbst glauben, die Stadt wäre der Vorkämpfer für die Rechte der Garagenbesitzer. Nach seiner Meinung gibt es gar keinen weiteren Handlungsbedarf, denn die Stadt erarbeite gegenwärtig Musterverträge zum Garagengrundstücksverkauf, die zunächst abgewartet werden sollten. Aber gerade diese Musterverträge bedürfen der kritischen Prüfung. Es ist zu befürchten, daß mit diesen (ohne Mandat der StVV!) inakzeptable Vertragskonditionen festgeschrieben werden, die dann für alle künftigen Verkäufe Anwendung finden.

Anerkennenswerterweise verständigten sich die Fraktionen auf die Erarbeitung einer gemeinsamen Vorlage zur Lösung des Garagenproblems, weil die Fraktionen »gar nicht so weit auseinander lügen« (Trill). Das war dann auch eine Absage an die Position des 1. Beigeordneten. Es bleibt zu hoffen, daß das Ergebnis der gemeinsamen Vorlage auch tatsächlich in der Nähe der zurückgezogenen Vorlage bleibt.

Zu den Aussagen des 1. Beigeordneten Landmann ist aber doch noch einiges zu sagen,

denn dieser nutzt jede Gelegenheit seine unwarhaken Behauptungen und Falschdarstellungen zu äußern, wenn keine Möglichkeit der Erwidmung besteht: Noch ehe nach der Vorlagebegründung durch Dr. Spangenberg die Debatte um die Garagenvorlage überhaupt begonnen hatte, drängte sich Landmann vor, um gleich zu begründen, daß es im Prinzip gar keinen Gegenstand für die Vorlage gäbe. Landmann führte zunächst aus, die Stadtverwaltung habe nicht die Kraft, mit allen Garagenbesitzern zu verhandeln. Die Stadt habe schon viel Engagement gezeigt, indem neben den allgemeinen Aufgaben der Stadt ein Garagenkonzept erstellt wurde. Hierzu muß festgestellt werden, daß es die PDS-Fraktion war, die ein Garagenkonzept eingefordert hatte. Zugleich hatte die PDS bewirkt, daß auf zwei Entlassungen durch die Stadt verzichtet wurde, um die Arbeitskräfte für die Stärkung des Grundstücksmanagements einzusetzen. Die beiden erarbeiteten dann das Garagenkonzept, um danach entlassen zu werden. Nun fehlen der Grundstücksverwaltung wieder die Kräfte, um z.B. den Garagengrundstücksverkauf zügig abzuwickeln. Auch weitere Möglichkeiten zur Erzielung von dringend erforderlichen Einnahmen im Grundstücksbereich können aus Arbeitskräftemangel nicht genutzt werden.



Nicht alle abgerissenen Garagen waren von den Nutzern verlassen, wie diese hier. Foto: A. T.

Landmann beklagte, daß die Bürgerinitiative nicht zur Organisation der Garagenbesitzer und zur Erklärung der Grundstückskaufbereitschaft beigetragen habe. Dabei unterschlägt er, daß die Bürgerinitiative schriftlich erklärt hatte, daß sie zuerst die Benennung der Kaufbedingungen erwartete. Ihre eigenen Vorstellungen dazu sandte sie bereits im November 2001 an den Bürgermeister Schulz. Darauf hat die Stadt bis heute nicht reagiert. Lediglich in einem Brief an die Fraktionsvorsitzenden im November 2003 geht Landmann auf die Erwartungen der Bürgerinitiative ein.

In der StVV am 19. Februar erklärte Landmann, die nach Meinung der Bürgerinitiative überzogenen Nutzungsentgelte wären kein Thema mehr. Was ist geschehen? Es gab über 600 Widersprüche gegen die Nutzungsentgelterhöhung 1999. Wegen der Landtagswahl ließ die Stadt die Widersprüche erst einmal unbearbeitet. Danach begann sie mit Mahnungen und

griff auch zum Mittel des Mahnbescheides. Die dann noch am Widerspruch festhielten, wurden in einer Art Musterklage zur Aufgabe gezwungen. Das hohe Prozeßrisiko, hohe Verfahrenskosten und die Unmöglichkeit, gegen eine Entscheidung der ersten Instanz noch Rechtsmittel einlegen zu können, das waren Bedingungen, auf die sich ein einzelner Garagenbesitzer nicht einlassen konnte. Auch wenn sich kein Garagenbesitzer vor Gericht gegen die Stadt durchgesetzt hat, so steht die Höhe der Nutzungsentgelte dennoch in Frage, denn es gibt kein Urteil des Gerichtes, das als Rechtfertigung gesehen werden könnte.

Landmann stellt fest, daß die Stadt noch nie erklärt habe, daß sie 2006 die Grundstücksnutzungsverträge kündigen wolle. Eine solche Absicht gebe es nicht. Aber die Möglichkeit ist vom Gesetzgeber eingeräumt worden und hängt wie ein Damoklesschwert über den Grundstücksnutzern. Die Stadt hat eine Aussage darüber, ob sie von der Kündigungsmöglichkeit Gebrauch machen könnte (wodurch die Garagen Eigentum der Stadt würden), bisher nicht getroffen. Entsprechenden Abgeordnetenfragen wurde bisher ausgewichen. Ein Beschluß der StVV, daß die Stadt von der Kündigungsmöglichkeit keinen Gebrauch machen wird, sondern statt dessen Nutzungsgarantien ausspricht, würde den Garagenbesitzern Sicherheit geben. Der Beschluß ist aber noch nicht gefaßt, und der für Finanzen zuständige 1. Beigeordnete Landmann läßt im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen noch einmal durchblicken, daß ein Einnahmeverlust bei Nutzungsentgelten wesentlich geringer ausfällt, als die zusätzlichen Einnahmen aus Vermietung der Eigentumsgaragen der Stadt. »Nachtigall, ich hör dir trapsen«.

Auch einen Abriß von Garagen habe die Stadt nie vorgehabt, versucht Landmann die Garagenbesitzer zu beruhigen. Garagenbesitzer im Komplex 178 (Buchungsstation) wissen es besser. Im Mai 2001 erhielten sie Schreiben der Stadt: »...beabsichtigen wir nun die Garagenzeile, in der sich Ihre Garage befindet abzureißen... Wir bieten Ihnen ... die Aufhebung des Nutzungsverhältnisses ... zum 31.05.01 an ... Die Stadt zahlt an Sie keine Entschädigung, trägt jedoch dafür die Abriß- und Entsorgungskosten...«. Landmann ist sich der fehlenden Abrißabsicht so sicher, daß er tönt: »Die Presse soll es schreiben, wir können dann Lügner genannt werden«. (Anmerkung: die Garagenzeile wurde abgerissen. Entschädigung wurde nicht bezahlt. An den Abrißkosten hätte die Stadt die Garageneigentümer erst 2007 zu 50 % beteiligen können).

Es bleibt zu hoffen, daß ein fraktionsübergreifender Antrag das Garagenproblem einer Lösung näher bringt. Aber für Euphorie gibt es keinen Grund. Bürgerkontrolle bleibt in dieser Sache auch weiterhin gefragt.

ALBRECHT TRILLER

Binnenhafen Eberswalde:

## Hoffnungen *und Falten auf der Stirn*

**Eberswalde (bbp).** Wenn wie geplant im Mai die Betriebsgenehmigung durch das Land vorliegt, wird im Juni 2004 der erste Spatenstich für das Biomassekraftwerk auf dem Gelände des Eberswalder Binnenhafens erfolgen. Den Kaufvertrag mit der Betreiberfirma IFE International über die mehr als 47.000 m<sup>2</sup> Betriebsfläche, auf der das Kraftwerk nebst Holzaufbereitungsanlage entstehen soll, haben die Technische Werke Eberswalde (TWE) als Betreiber des Hafens bereits seit November unter Dach und Fach.

### *Biomassekraftwerk*

Das 46 Millionen Euro teure Kraftwerk soll vorrangig unbehandeltes Frischholz verbrennen, auch wenn die Verbrennungsanlage den Vorschriften der Bundesimmissionsschutzverordnung zur Altholzverwertung entsprechen wird. Nachdem der Berliner Abfallentsorger Alba in Königswusterhausen ein Altholzkraftwerk errichtete, fehlt dem Eberswalder Werk schlicht das zum Betrieb notwendige Altholz. Auch wenn die Verhandlungen mit dem staatlichen Forstbetrieb zur Absicherung der notwendigen Holz mengen noch nicht abgeschlossen sind, geht TWE-Geschäftsführer Horst Schaefer vom Erfolg des Vorhabens aus. Positive Effekte erhoffen sich die Betreiber von einer Zusammenarbeit mit dem neuen Zellulosewerk in Stendal. Dort aussortiertes minderwertiges Holz könnte in Eberswalde verbrannt werden, während zugleich die Holzaufbereitungsanlage geeignetes Holz für das Zellstoffwerk bereitstellt. Dieser Rohstoffaustausch ist vor allem für den Betrieb des Hafens interessant, da ansonsten die Holzlieferungen eher per LKW oder Eisenbahn erfolgen werden.

Dabei ist sich Horst Schaefer im klaren, daß das Kraftwerk den Umschlagbedarf des Hafens nicht deckt. Zwar blickt er voll Stolz auf das vergangene Jahr zurück, das mit 216.000 Tonnen Gesamtumschlag (einschließlich des Umschlags Schiene – LKW) das bisher erfolgreichste in der Geschichte des Binnenhafens war. Ohne Einrechnung von Kapitaldienst und Abschreibung habe der Hafen im Jahr 2003 »fast schwarze Zahlen« geschrieben, berichtet der TWE-Geschäftsführer. Das heißt aber auch, mit Kapitaldienst und Abschreibung produziert der Hafen weiterhin erhebliche Verluste, die das Gesamtergebnis der TWE belasten. Schließlich haben die Technischen Werke ja auch noch die Defizite des Sportzentrums Westend zu begleichen, was beim Geschäftsführer für Sorgenfalten auf der Stirn sorgt. Denn irgendwann ist die durch den ersten Verkauf der Stadtwerkeanteile geschaffene Liquiditätsrücklage aufgebraucht, von der erst im Wahljahr 2003 über drei Millionen Euro zum Stopfen von Haushaltslöchern der Stadt abgeführt wurden.



### *Bioäthanol*

Schaefers Hoffnungen für den Hafen ruhen deshalb auf dem geplanten Bioäthanolwerk, das auf der verbleibenden Gewerbefläche des Hafens entstehen soll. Dann wären pro Jahr Umschlagsmengen von 900.000 Tonnen zu bewältigen. Aus 600.000 Tonnen geliefertem Getreide entstünden 150.000 Tonnen Äthanol. Außerdem wären weitere 150.000 Tonnen Abfall abzutransportieren, der als Naturdünger Verwendung finden würde. Die Äthanolfabrik könnte zudem die sonst nicht verwertbare Abwärme des Biomassekraftwerkes nutzen.

Allerdings sind die Verhandlungen zum Äthanolwerk derzeit ins Stocken geraten. Die Märka GmbH als einer der Investoren will die Fabrik auf Roggenbasis betreiben, was das eigene Geschäft beleben und zugleich den hiesigen Landwirten einen sicheren Absatz ihrer Getreideproduktion garantieren würde. Der bisherige Geschäftspartner wollte aber offenbar eigene Absatzprobleme lösen und den Alkohol aus Weizen produzieren. So ist abzusehen, daß sich die Verhandlungen noch eine Weile hinziehen werden.

### *Baustofftransporte*

In der Zwischenzeit soll der Binnenhafen von den Baumaßnahmen des Bundes auf dem Verkehrssektor profitieren. Allein bis 2006 stehen in drei Losen rund 800.000 Tonnen Erdstofftransporte im Zusammenhang mit dem Ausbau des Oder-Havel-Kanals zur Debatte. Schaefer hofft, daß die Baufirmen nicht Gelegenheit erhalten, diese Transporte mittels provisorischer Behelfsbeladestellen zu realisieren. Der öffentliche Auftraggeber müsse schließlich berücksichtigen, daß der Hafen mit öffentlichem Geld erbaut wurde und nun auch entsprechend genutzt werden muß.

Weitere vorübergehende Kapazitätsauslastungen für den Hafen erhofft sich Horst Schaefer aus dem Autobahnausbau von Finowfurt bis Joachimsthal und weiter bis Prenzlau sowie aus dem Bau der Umgehungsstraße B-167-neu.

## *Gewerbe im Kreishaus*

**Eberswalde (bbp).** Am 28. Januar stellte der Kreistag Barnim endgültig die Weichen für den Neubau des Kreishauses auf dem Pavillonplatz. Rund 3000 m<sup>2</sup> im Erdgeschoß sind für Handel, Dienstleistungen und Gastronomie vorgesehen. An der Friedrich-Ebert-Straße und An der Friedensbrücke (Gebäudefront zum Markt) werden in der Altstadt ca. 2000 m<sup>2</sup> Verkaufs- bzw. Funktionsfläche, darunter 300 m<sup>2</sup> für Gastronomie, zusätzlich zur Verfügung stehen. Bereits zum Jahreswechsel 2002/03 hatte die Stadt Eberswalde die Leipziger BBE-Unternehmensberatung GmbH beauftragt, ein Branchenmixkonzept für »Zukunftsfähige Angebotsstrukturen« im Stadtzentrum zu erstellen. Im Juni 2003 lag das Branchenmixkonzept vor, das sich auch dem Kreishaus widmet.

Die Gutachter gehen davon aus, daß etwa 500 Beschäftigte und 1.200 bis 1.500 Besucher täglich den Standort frequentieren. »Die Standortqualität und Frequentierung ermöglichen die Ansiedlung von höherwertigen, spezialisierten Einzelhandelsnutzungen bzw. auch die Implantierung innovativer Gastronomiekonzepte.« Aus der thematischen Untersetzung und Zusammenführung verschiedener Funktionen würden sich wesentliche Entwicklungspotentiale ergeben, »die es in ein Gesamtkonzept umzusetzen gilt«. Die Branchenstruktur und die Vorschläge für Anbieter sollten sich daran orientieren, aber dabei mögliche Konkurrenzsituationen mit der Friedrich-Ebert-Straße und den Rathauspassagen berücksichtigen. Davon ausgehend empfehlen die Gutachter einen »FrischeBasar« als eine Säule des Besatzes, der »Marktcharakter unter einem Dach trägt mit folgenden Anbietern: Supermarkt mit Frischekompetenz 800 bis 900 m<sup>2</sup>, Bäcker/Metzer, obst/Gemüse, naturkost (Ökodorf Brodowin), Saft-Shop, »Eat-fresh« (Sandwich-Baguette Konzept), ergänzt durch Gastronomieangebote: Espresso/Coffeeshop, Eiscafe, Croissanterie und/oder Baguetterie.«

Auch für die »zweite Säule« biete der Standort am Pavillonplatz gute Voraussetzungen. »Das heißt für spezialisierte, höherwertige Angebote aus dem Bereich der persönlichen Ausstattung. Zu empfehlen sind hier, auch als kombinierte Life-Style Boutiquen: Damen und Herren Boutiquen, Dessousanbieter, Schuhgeschäft mit Ausrichtung auf italienische Schuhe.« Eine gezielte Akquisition von Filialisten, z.B. Xanaka, Mango, Zara und Bonita ergänzt durch regionale Anbieter sei hilfreich, da diese Labels entsprechende Akzeptanz besitzen, wovon auch kleinere Anbieter profitieren könnten.

Der Themenschwerpunkt »leben - arbeiten - einkaufen« sei damit in einem Grundkonzept umgesetzt, das ein Gerüst für die nachhaltige Entwicklung des innerstädtischen Handels bilden könne. Zwingend sei ein »Vermarktungskonzept«, daß die konzeptionellen Empfehlungen zum Branchenmix aufgreife und umsetzungsorientiert sei.

## Einfache ökonomische Zusammenhänge

Es ist nicht mehr anzuhören, das Gesäusel des obersten Sprechers der Nation, der uns mit wortgewaltiger Stimme einreden möchte, es wäre kein Geld in der Staatskasse. Dann soll er sich doch welches von denen beschaffen, die es im Überfluß haben, ihrerseits aber keinerlei Anstalten machen, es dort einzusetzen, wo es den Menschen und dem Land dient, um Werte und Arbeit zu schaffen. Ämter, Berater, Agenturen und Betrüger gibt es wahrlich schon genug. Sie beschaffen sich zwar Arbeit, aber verbrauchen oder rauben das Geld von denen, die ohnehin wenig davon haben, ohne auch nur den geringsten Teil eines Sachwertes zu schaffen, der den Kreislauf des Geldes über einen aktiven Arbeitsmarkt in Schwung bringen würde. Über solche einfachen ökonomischen Zusammenhänge hat man wohl in den Regierungsgängen noch nichts gehört.

Die Gesundung der Wirtschaft geht nicht im Selbstlauf, sondern nur durch Einflußnahme der Parlamente auf den Wirtschaftssektor zur Organisierung des Kreislaufs über den Weg der Besteuerung und Förderung des Kapitals incl. Vermögen, anstatt der aussichtslosen Suche nach Ursachen für das Versagen von Versuchen, die natürlichen ökonomischen Gesetze zu umgehen.



Rund 25000 deutsche Multimillionäre bleiben zur Zeit unbehelligt vom Finanzminister, wenn sie ihr Vermögen horten oder ins Ausland transferieren, statt es in Deutschland für die Schaffung von Arbeitsstätten zu investieren. Auf diese Weise ist ein EURO-Kapital in Billionen-Höhe blockiert.

Mit dem Druck der Millionen Arbeitslosen auf die Regierenden sind vielleicht neue Denkmole in deren Köpfen zu initiieren.

Die etablierten Parteien von CDU bis PDS haben nichts bewegt!

Politikverdrossene! tretet an und zeigt dem scheinbar unverwundbaren Finanzkapital und dessen Handlangern Eure vereinte Kraft!

Der Monat März hat in der Geschichte unseres Landes gute Beispiele für den Aufbruch!

HELMUT BRAUNSCHWEIG, Mitglied der Allianz Freier Wähler in Brandenburg (AFW)

Schulpartnerschaft Finow – Alegria

## Hilfe zur Selbsthilfe in Angola

694 angolansische Kinder und Jugendliche im Alter von 15-20 Jahren (364 aus den acht POSOCA-Kinderzentren\* und 330 Jugendliche aus dem Umfeld der Kinderzentren) werden in den nächsten beiden Jahren im Rahmen des neuen Projektes des Entwicklungshilfevereins OIKOS EINE WELT e.V. eine Berufsausbildung und Existenzgründungshilfen erhalten. Am 28. Januar wurde das Projekt im Gymnasium Finow, das seit etwa sechs Jahren mit OIKOS zusammenarbeitet und eine Schulpartnerschaft mit dem Kinderzentren in Alegria unterhält, vorgestellt (BBP 2/2004).

Gegenwärtig werden 1.885 Kinder und Jugendlichen in den Kinderzentren betreut. Sie werden alle von den im Rahmen des Projekts vorgesehenen Maßnahmen der Nahrungsmittelversorgung und Gesundheitsaufklärung profitieren. Zudem werden 1.500 Familien im Umfeld von Bildungsmaßnahmen erreicht. Die Zielgruppen gehören zu den sozial am meisten benachteiligten Gruppen, die in den »Bairros populares«, den Slumquartieren der angolansischen Hauptstadt Luanda leben. Unter den Kindern und Jugendlichen sind ihrer Herkunft nach 10 % »echte« Straßkinder, 60 % Kinder auf der Straße und 30 % Kinder aus städtischen Armutsquartieren.

Entwicklungsziel des Projekts ist eine nachhaltige Verbesserung der sozialen und beruflichen Eingliederungschancen der benachteiligten Kindern und Jugendlichen in selbstbestimmte Lebenswege in Luanda sowie die Förderung der Eingliederung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien in ländlichen Regionen. 214 Jugendliche aus POSOCA-Kinderzentren haben durch die Ausstattung mit Existenzgründungshilfen, durch die Beratung und Schulung in technischen und betriebswirtschaftlichen Fragen, durch Hilfe bei der Gründung von Kleinstunternehmen im informellen Sektor als Koch, Bäcker, Handwerker, Friseur u.a. oder durch die Aufnahme einer Beschäftigung in der Bäckerei, der Computerausbildung und der Schneiderwerkstatt des Alegria-Kinderzentrums den Start in eine existenzsichernde Beschäftigung geschafft.

Im Kinderzentrum Alegria wurden drei bestehende Lehrklassen (Nähklasse, Computerkabinett, Lehrbäckerei) so modernisiert und erweitert, daß 480 Kinder und Jugendlichen (150 aus den Kinderzentren und 330 aus deren Umfeld) eine verbesserte berufliche Ausbildung erhalten. Die Teilnehmer haben nach ein- bis zweijähriger Ausbildung praxisorientierte be-

ruflische Kenntnisse und Fähigkeiten, die es ihnen erlauben, künftig für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.

In der Gemeinde Dungo, Provinz Bengo, wurde auf 5 ha eine Lehrfarm eingerichtet, auf der 100 Schüler aus den POSOCA-Zentren eine landwirtschaftliche Ausbildung erhalten. Vier Absolventen haben auf der Farm eine Beschäftigung gefunden und sichern gemeinsam mit dem Lehrausbilder und den zeitweilig auf der Farm zu Ausbildungseinsätzen tätigen Schülern die Produktion von Nahrungsmitteln für den Eigenbedarf der Kinderzentren und den Verkauf. Dadurch kann die Versorgung der Kinderzentren mit Grundnahrungsmitteln deutlich verbessert werden.

160 Schüler erhalten eine Grundschulausbildung in den Klassenstufen 1 bis 4.

Das Programm zur gesundheitlichen Erziehung der POSOCA-Schüler wird durch die Einrichtung einer Risographie-Druckstrecke und die Nutzung der Möglichkeiten des Computerkabinetts für die Herstellung von Informationsmaterial deutlich verstärkt und auf Kurse für Zielgruppen im Umfeld der Kinderzentren ausgeweitet. 1.500 Familien im Umfeld und die 1.885 POSOCA-Schüler erhalten dadurch ein Grundwissen zur gesunden Lebensweise, einschließlich zur Vermeidung der Übertragung von HIV und zum Umgang mit HIV-Positiven. Die Kursangebote werden auch zur Diskussion anderer Themen genutzt, die für die zivilgesellschaftliche Entwicklung wichtig sind.

Mit dem Projekt erhält die Schulpartnerschaft zwischen dem Gymnasium Finow und dem Kinderzentrum Alegria entsprechend der Rahmenvereinbarung 2002 bis 2004 einen praktischen Lebensbezug, der für beide Seiten Impulse verspricht. Die Schüler des Gymnasiums Finow tragen im Rahmen von außerschulischen Arbeitsgemeinschaften und Schülerfirmen dazu bei, die Einnahmesituation von POSOCA-Projektcomponenten wie Schneiderei und Schnitzerei zu verbessern. Durch den Ausbau des gegenseitigen Informationsaustausches unterstützen sie die Ausbildung im Bereich Informatik und erweitern die jeweiligen Horizonte.

Nach Informationen von Dr. BERT MACIY, OIKOS EINE WELT e.V.

\* Igreja Metodista Unida – Conferência Anual do Oeste de Angola Departamento de Trabalho com Crianças (POSOCA) ist die Partnerorganisation von OIKOS in Angola

## Netzwerk für ein tolerantes Eberswalde

Eberswalde (bbp). Die Ausschreibung des Eberswalder Preises für Toleranz für 2004 sowie mögliche Aktionen zum 1. Mai, zur 750-Jahrfeier und zum Brandenburger Tag in Ebers-

walde standen auf der Tagesordnung des Netzwerktreffens am 4. März. Außerdem wurde über die Gestaltung und die Inhalte der Internet-Seite des Netzwerkes beraten.

## »Grundbedingungen für die Bildung schaffen«

»Ghana ist ein Land im Westen Afrikas mit 19 Millionen Einwohnern. Die meisten bitterarm. Helfen Sie uns, zu helfen!« Mit diesem Aufruf wandte sich Ende vorigen Jahres die Eberswalder Firma MP-TEC an die Öffentlichkeit (BBP 1/2004). Von Firmengründer Michael Preißel erfuhr die »Barnimer Bürgerpost« einiges zu den Hintergründen der Aktion. Heute Teil 2:

»Kofi Annan sagte kürzlich, die afrikanischen Kinder seien benachteiligt, weil sie keinen Internetzugang haben. Das ist aus meiner Sicht Blödsinn, solange die Grundbedingungen für Bildung fehlen. Deswegen hängen die hinterher. Das wird noch in 10 Jahren so sein, wenn die westliche Welt da nicht etwas tut. Wichtig ist, daß man dort vernünftig unterrichten kann.« Die Dorfschule auf dieser Insel im Voltadelta, deren Bewohner durch das von MP-TEC realisierte Projekt erstmals an den Luxus elektrischen Stroms kamen, entstand erst vor einigen Jahren und wurde ebenfalls mit Fördermitteln gebaut. Zuvor wurden die Kinder auf dem Palaverplatz unter einem großen Mangobaum unterrichtet. Die Schule besteht aus einer schlichten Baracke mit drei etwa 30 m<sup>2</sup> großen Räumen (Foto). »Die Kinder werden da in Staffeln auf den ganzen Tag verteilt unterrichtet. Da fehlt's am Nötigsten. Da fehlt's an Papier, an Stiften, an Lehrbüchern, die sollten natürlich englisch sein.« Das Spielzeug der Kinder sind Muschelschalen oder »irgendwelcher Wohlstandsmüll. Und so entstand also die Idee, erstmal dort punktuell zu helfen«. Mittlerweile gibt es auch Kontakte zu anderen Stellen. »Beispielsweise auch zu Deutschen, die in der Mitte des Landes eine

Kinderklinik betreiben, auch aus Hilfsmitteln aus dem Boden gestampft. Dort ist der nächste Step angesagt. Wir haben schon mit den Ärzten gesprochen, daß man auch Medikamente, denn die Beschaffung von Medikamenten ist auch ein Riesenproblem.« Alles, was hier »nicht mehr gebraucht wird, wie Kindersachen, die ja meist nicht großartig abgetragen sind. Das wäre' dort quasi ein Heiligtum.« In der ersten Ausbaustufe des Fotovoltaik-Projektes in diesem Dorf ging es zunächst um die reine Beleuchtung. Später soll ein Kühlschrank hinzukommen, in dem die vorwiegend von der Fischerei lebenden Dorfbewohner ihre Fänge kühlen können.

Eines der offensichtlichen Probleme in Afrika sind die fehlenden Umweltstandards und die ungenügende Müllentsorgung. In den Städten gibt es sehr viele Autos. »Alles was in Westeuropa nicht mehr gebraucht wird oder nicht mehr durch den TÜFF kommt geht halt nach Afrika. Bleifreies Benzin gibt's dort nicht. Es stinkt wahnsinnig. Alle Waren gibt es verpackt in irgendwelchen Plastetüten. Ob nun Wasser oder sonstwas. Die leeren Tüten fliegen dann einfach aus dem Autofenster oder vor die Tür. Irgendwann wird das dann vielleicht mal verbrannt oder es bleibt einfach liegen. Da liegen Milliarden von kleinen Plastebeuteln herum. Wir sind da mit den Einheimischen auch in den Städten in Kontakt gekommen. Teilweise ist das haarsträubend, wie die Leute da leben und auch denken. Die denken ganz anders als wir.« Dazu gehört auch, daß Korruption dort faktisch zum Leben gehört. »Vom kleinsten Beamten bis hoch zu den Ministern ist das gang und gebe.« Michael Preißel hält es deshalb für



Die Schule besteht aus einer Baracke mit drei Räumen. Foto: M. Preißel

sinnvoller, konkrete materielle Hilfe zu leisten. Geldspenden würden nur irgendwo versickern. »Deshalb haben wir gesagt, wir helfen in ganz speziellen Projekten. Es gibt beispielsweise Dörfer, die können wir nicht mit Strom versorgen, weil die Mittel der Weltbank eben auch nur begrenzt zur Verfügung stehen. Da könnten Geldspenden helfen, um dort so eine Photovoltaik-Anlage zu bauen. Eine PV-Anlage, die einen zentralen Dorfplatz beleuchtet und einen Kühlschrank betreibt, kostet ca. 5-6000 Dollar. Das sind überschaubare Kosten. Damit ist ihnen viel besser geholfen.«

Wie von Michael Preißel zu erfahren ist, haben die bisherigen Spendenaufrufe bereits guten Zuspruch erfahren. Er hofft, daß das so weitergeht.

G.M.

Spenden an: MP-TEC, Alfred-Nobel-Str. 1 (Haus 20), 16225 Eberswalde, Tel. 03334/594444 oder 03334/429347, eMail: preissel@mp-tec.de

## Raus aus der Stadt

BSIJ e.V. organisiert »Naturerlebnisferien am Parsteinersee«

Bald ist es so weit! Die schönsten Wochen des Jahres stehen vor der Tür und Ihr wißt noch nicht, wie Ihr sie verbringen könnt? Ihr habt keine Lust, die ganze Zeit zu Hause zu sitzen oder wieder einmal den Urlaub bei den Großeltern zu verbringen? Wir haben da etwas für Euch!



Der Bund zum Schutz der Interessen der Jugend (BSIJ) e.V. möchte mit Euch »Naturerlebnisferien am Parsteinersee« in Pehlitz (in der Nähe von Brodowin) verbringen. Zehn Tage leben wir in und mit der Natur.

Große Gruppenzelte werden für diese Zeit unsere Unterkunft sein. Wir wollen mit Euch viele Abenteuer und viel Spaß erleben. Ihr könnt mit uns die Natur entdecken, baden gehen, Schlauchboot fahren, wandern, spielen, basteln, feste Feiern und noch vieles mehr.

Aber auch alle notwendigen Aufgaben erledigen wir zusammen, beispielsweise könnt Ihr Euch beim Kochen, Brennholzsammeln und Feuer machen ausprobieren. Gemeinsam werden wir für unsere Leben im Naturerlebniscamp sorgen und gemeinsam wollen wir mit Euch die Sommerferien gestalten.

Wenn Ihr zwischen 10 und 13 Jahren alt seid, vom 11. bis 20. Juli noch nichts für die Sommerferien geplant habt und Ihr beim Lesen Lust bekommen habt, mit unserem Verein und anderen Kindern Eure Sommerferien zu verbringen, dann meldet Euch beim BSIJ e.V.

HARDY LUX, Projektleiter

Anfragen und Kontakt über: Bund zum Schutz der Interessen der Jugend e.V., Bahnhofstraße 32, 16227 Eberswalde, Tel.: 03334/238978, Fax: 03334/238978, Internet: www.bsij-ev.de, eMail: info@bsij-ev.de.

## PDS barrierefrei

Eberswalde (bbp). Die Delegierten des Kreisparteitages der PDS Barnim beschlossen am 28. Februar einstimmig einen von Inge Kolodzeke initiierten Antrag an den Landesparteitag, wonach künftig alle Parteitage und Großveranstaltungen auf landes- und Kreisebene an barrierefreien Standorten stattfinden sollen. Damit würden auch Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit erhalten, aktiv an der Politik der PDS teilzunehmen. Desweiteren sollen zukünftig die Bürgerbüros der PDS barrierefrei erreichbar sein. Mit Ablauf der bestehenden Mietverträge soll nach barrierefreien Objekten gesucht werden.

Die Landtagsfraktion der PDS sei die einzige Fraktion gewesen, die für die behinderten Menschen im Land Brandenburg ein Chancengleichheitsgesetz verabschieden wollte. Ingeborg Kolodzeke berichtete den Delegierten, daß viele Menschen mit Behinderungen für die Arbeit der PDS interessieren würden und gerne mitarbeiten würden, könnten sie die Büros und Versammlungsräume der PDS barrierefrei erreichen.

# Politkonfetti

Das neue Jahr fing gut an, nur daß Narretei und Fasching viel früher anhuben als normalerweise. Zuerst – wolle mer es reinlasse? – trat das **M e r k e l** (in der Maske eines Schorfheideschafs übrigens) auf die Bretter und gab das eine und andere aus seinen Lebenserinnerungen zum besten. Unter strikter Meidung von Tatsachen, versteht sieh. So fehlt das von vielen Eeendschie-Fans sehnstüchtig erwartete Kapitel, das die Erlebnisse des Merkeis im Gespräch des US-Präsidenten, dem es afterwärts zukroch, schildert. Bekanntlich hatte das Merkel Bushs Hintern gesucht und gefunden, um Demut und Soli in der irakischen Angelegenheit zu bekunden. FDJ-Bonzen hingegen habe das Merkel, sagt es, stets die kalte Schulter gezeigt und sei ihnen obendrein ein Dorn im Auge gewesen. Wie man das macht, wenn man nicht gerade Harry Potter ist, sich selbst die kalte Schulter zu zeigen und Dorn im eigenen Auge zu sein, läßt das Merkel, ehemals Kultur- und Agitprop-Sekretärin in Krenzens blauer Horde, offen. Das schleimt das Merkel einfach weg und zückt seinen schafigen Lidschlag in Unschuld.

Nach dem Merkel kriegten die Närrinnen und Narralesen was Australisches zu sehen. Ausgelutschte Typen, unter ihnen ein Bohlen-Sämling mit Brille und unbehandelbarer Hyperaktivität und eine kicherkranke Ex-Miß-Taggesschau, fanden für viel Geld Lust daran, sich filmen zu lassen beim Umherwälzen in Scheiße, Aalschleim, Asseln, Würmern und Schlangen, kommentiert von einem Kloß in Grün und einer fiesigen Zynikerin aus dem RTL-Fundus für Allzweckweiber.

Ein Ergötzen zum Kotzen. Wer die welkbrüstige Lisa Fitz, die mal eine Kabarettistin gewesen sein soll, im beschlammten Bikini, den abzulegen sie gebremst werden mußte, gesehen hat; den pogesichtigen griechischen Schnulzer, den – übrigens nicht aus dem Osten stammenden – Gottlieb Wendehals, der als Quasi-Greis beinahe erstickt wäre beim Sternettauchen, wer das alles über und hinter sich gekracht hat, der muß eigentlich bedauern, daß nicht wenigstens drei oder vier manddressierte Fünfmeterkrokodile mit im Tümpel waren, die dem Schrecken ein schönes Happy-End verschafft hätten.

Daß von den acht Millionen, die sieh den Kloakenspaß antaten, mehr als die Hälfte aus Ostdeutschland kommen, ist fast noch trauriger als die Sache selbst. Menschen der »gebildeten Nation«, die einst über »Daniel Druskat« diskutierten und jedem neuen Strittmutter entgegenieberten... Zwar ist die Menschenwürde »unantastbar« – aber der Fernsehapparat hätte schon was Angemessenes gehabt – die Taste zum Senderwechsl. Aber – weiß mans – möcht einem dann »der Franz« oder Roland Koch in die gute Stube geraten sein....

Kommen wir zu Schöbel, Frank, der wie kein Stern in einer Winternacht unlängst bei Beckmann unterging. Als sich der lockige Sonny-Boy wieder und immer wieder und dann abermals entschuldigte, warum er, der

doch gekonnt hätte, nicht »rübergemacht« sei, mußte ihn der Interviewer regelrecht bremsen, Fränki, der schon mal dem DDR-System die Schuld an seinem Nierenkrebs gab, sieht nicht nur aus wie dreizehn mit seinen sechzig, er funktioniert auch wie ein Kind, das Hätschelung sucht.

Eine charakteristische Stimme muß nicht bedeuten, daß auch der Charakter stimmt. Gunter Emmerlich bestätigte dies auf Anfrage!

Als die »Reformen« kamen, ging Stolpe. Leider nur vor die Mikrophone. Und vor die Kameras vor der Butt. Der Narr Gottes verkündete, sonor raunend wie stets, daß es zwar bei den monatlich 160 Millionen Euro Mautausfall bleiben werde, aber nur bis zum nun wirklich alllllller-allerletzten Termin – nämlich irgendwann im Herbst. Welchen Jahres?

Was Mautmanni da den Bach runtergehen läßt (Schützt die Konzerne, wo ihr sie trifft!), ist in etwa identisch mit der Summe, die die Praxisgebühr ausmacht. Sagt Stolpe natürlich nicht, aber es stimmt:

Das Volk, der große Lümmel, zahlt beim Arzt für Stolpes Pfuschi gleich mit. Und das sanfte Fleisch zu Potsdam lächelt und lächelt.

Mer hätte Manfred »Chamäleon« Stolpe nie reilasse dürfe! Zur Verdienstmedaille der DDR, die er schon hat, im Widerstand erworben und mit Abscheu entgegengenommen, soll er nun den Orden für Verdienste um die Schonung des Großkapitals bekommen.

Ein anderer hat seine Auszeichnung schon weg in Gestalt einer Goldenen Kamera – als bester Entertainer Deutschlands. Es handelt sich um den Zwillingbruder der Zotennudel Hella von Sinnen, um einen gewissen Stefan Raab. Der Knabe, von dem das Gerücht sagt, er sei auf einem Bahnhofsklo aufgewachsen, ist als Erfinder des »Pulleralarms« berüchtigt und lebt seit Jahren in einem der Primatensender von der Darbietung infantiler Fäkalwitze, aus denen er immer noch mal eine Schweinischkeit mehr herausdrückt. Statt ihn in einen ausbruchssicheren Ferkelstall abzuschieben, wurde er nun Deutschermeister des Showgeschäfts. Was würde Kulenkampff dazu sagen?

Aber was regen wir uns eigentlich auf? Nachdem im RBB/Brandenburg zur kindererlaubten Sendezeit, gleich nach dem Sandmann, Pornonutzen interviewt werden, hat nun die Niederlatschung schlichtesten Anstands auch die finstere Provinz zwischen Elbe und Oder erreicht. Weiter so, Genossen!

Als »angemessen und leistungsgerecht« bezeichnete ein gewisser Herr Esser, ehemals siedelnd in einer gewissen Chefetage, seine Abfindung von 50 Millionen Teuro. Nun steht der Mann vor Gericht, hat aber gute Chancen, mit einer mündlichen Verwarnung wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses davonzukommen. Warum hat er nicht verhindert, daß was von dem Deal ruchbar wurde und sich der Pöbel erzürnte! Okay, von den Milliönchen hätte man ein paar Kitas bauen oder alle Kinder der Sahelzone über Jahre hin verpflegen und so vor dem Hungertod sicher bewahren oder die Arzneimittelzuzahlungen in Brandenburg halbieren können.

Aber da sind wir schon mitten in einer »Neiddiskussion« – und wir sollen und wollen doch nicht neidisch sein, gelle? Honni – Friede seiner Asche in Santiago – hatte weniger als jeder durchschnittliche DDR-Kfz- oder Fleischermeister auf seinem Konto... Okay, seine Leistungen waren nicht so doll, und für Margotten ließ er schnell mal was bei Wempers am Kudamm kaufen, aber ein geldschlingender Raffke war er nicht.

Was lehrt uns das? Mal wieder an 89 denken zum Beispiel. Wir sind das Volk! Esser in die Produktion! Es gibt so schöne Manufakturen für Straftäter in deutschen Knasten...

So gar nichts Positives in der Zeit des Juxens und des Konfettis? Gemach, gemacht! Platzeck, was Stolpes Ziehsohn ist, hat beschlossen, als ihm nichts anderes mehr übrig blieb, es geburtsstagsmäßig anders zu handhaben als Kingkong Kurt Biedenkopf seinerzeit im schwarzen Sachsen – Platzeck richtete die Party auf eigene Kosten aus. Sie soll danach gewesen sein: Knäckebrötchen, Bücklinge vom Polenmarkt, mehrere saure Gürklein aus dem Spreewald. Dazu zwei Flaschen Kümmerling von ALDI, die kleinen, fingerlangen.

Und: Das Superweib Veronica Ferres, die mit den blonden Brüsten, wurde gefragt, ob sie an der Dschungelschau »Holt ihn mir raus, ich bin starr« teilgenommen hätte und antwortete so: »Schon die Anfrage empfinde ich als Beleidigung...!«

Ob das Merkel auch so geantwortet hätte? Auf die Frage, ob sie Kanzlerin werden will... Wenn – dann wäre ein Sturm durch Deutschland gegangen.

Zusammengepustet aus millionenfachem Aufatmungen.

S.P.

## AG Kommunalpolitik trifft sich in Bernau-Süd

Die Bernauer AG Kommunalpolitik trifft sich das nächste Mal am 9. März, um 16 Uhr vor der Kaufhalle in Bernau-Süd. Bei einem Rundgang durch den Stadtteil soll auf Probleme aufmerksam gemacht und Überlegungen zu deren Lösung beraten werden. Dazu sind neben Vertretern der WOBÄU auch das Netzwerk für Toleranz und Weltoffenheit, die Stadtverwaltung sowie Vereine eingeladen. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

Dr. DAGMAR ENKELMANN (PDS)

## „Offene Worte“ mit Frank Schöbel

Glück für die Bernauer Fans von Frank Schöbel. Seine Agentur hatte übersehen, daß 2004 ein Schaltjahr ist und deshalb keinen Termin für den 29. Februar gebucht. Also Zeit für die Einladung zu Dagmar Enkelmanns »Offene Worte«. Zwei Stunden »frank und frei«, um einen der erfolgreichsten Schlagersänger und Fernsehlieblinge im total überfüllten Treff 23 in der Bernauer Breitscheidstraße zu erleben.

Man sieht ihm sein Geburtsjahr 1942 nicht an. Vielleicht auch deshalb, weil er noch heute drei Mal in der Woche Fußball spielt. Schon als 7-jähriger, so verriet er seinem Bernauer Publikum, habe er viel mehr Lust auf Fußball als auf Singen im Leipziger Thomanerchor gehabt, wo ihn seine Mutter angemeldet hatte. Doch nach einigen Fünfen, »bedauerte« Schöbel spitzbübisch, sei seine Karriere dort beendet gewesen und er konnte wie die anderen Jungs wieder dem Ball hinter her jagen.

Nach langjähriger Gitarren-, Klavier- und Gesangsausbildung begann 1962 doch noch Schöbels Karriere. Komisches und Skurriles begleiteten ihn dabei. So wollten ihm DDR-Kulturfunktionäre einen »Volvo« andrehen. Wohl mit der Absicht, davon abzulenken, daß diese Automarke sonst nur die Regierenden führen. Schöbel blieb jedoch beim »Wartburg«. Das sei er der Bevölkerung schuldig gewesen. Oder Moskau. Dort mußte er sein 90minütiges Programm einer dreiköpfigen Abnahmekommission vorsingen. Aus Protest sang Schöbel mit dem Rücken zur Kommission. Deren Chef habe sich maßlos geärgert und sei nach drei Tagen gestorben. »Nicht meinetwegen«, beteuerte Schöbel. Die Lacher hatte Schöbel auch auf seiner Seite, als er Mielkes Lieblingslied nannte: „Alles im Eimer“.



Dennoch, er sei kein Widerständler gewesen. Mit seinem 1989er Hit »Wir brauchen keine Lügen mehr« wollte er eine bessere DDR, hatte große Hoffnungen auf Egon Krenz gesetzt. Das kam nicht so und »das Rad der Zeit kann man nicht zurückdrehen«. Heute gehe es »nur um Kohle, von der Oder bis zum Rhein – haste keins, bist'e ein armes Schwein“. Diese Schöbel-Liedzeile träfe auch voll auf »Deutschland sucht den Superstar zu«, mit dem »Talente aus den Boden gestampft werden sollen«. Doch, Schöbel ließ keinen Zweifel, Talentsuche nach dem DDR-Motto »Herzklopfen kostenlos« würde heute nicht mehr funktionieren. Man müsse im Jetzt leben, alles andere mache eh keinen Sinn. Da fände er die Erinnerung an den Produktionsunterricht in DDR-Schulen, bei dem man Vernünftiges für das Leben und die Arbeit lernte, schon sinnvoller. Doch, so der Sänger, wo gebe es heute schon Arbeit für junge Leute?

Bei aller Kurzweil, Schöbel war auch ein sehr nachdenklicher Offene-Worte-Gast. Beim Abschied versprach er wieder nach Bernau zu kommen, zum Singen, mit seiner Band.

MANFRED KLAUS (Text und Foto)

## Was wir immer schon mal amtlich haben wollten... (2)

Besteht ein Personalrat aus einer Person, erübrigt sich die Trennung nach Geschlechtern.

(Info des Deutschen Lehrerverbandes Hessen)

Die einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt.

(Gesetz über die Anpassung von Versorgungsbezügen)

Welches Kind erstes, zweites, drittes Kind usw. ist, richtet sich nach dem Alter des Kindes.

(Bundesanstalt für Arbeit)

Kunststoff-Fenster mögen zahlreiche Vorteile haben, insbesondere in bezug auf Wartung und Pflege – Holz hat den Vorteil, nicht aus Kunststoff zu sein.

(Urteilsbegründung des LG München)

Wenn dieses Schild mit Schnee bedeckt ist, ist die Straße unbefahrbar...

(Schild im Hochmoor von Yorkshire)

Nach dem Abkoten bleibt der Kothaufen grundsätzlich eine selbstständige bewegliche Sache, er wird nicht durch Verbinden oder Vermischen untrennbarer Bestandteil des Wiesengrundstücks, der Eigentümer des Wiesengrundstücks erwirbt also nicht automatisch Eigentum am Hundekot...

(Fallbeispiel der Deutschen Verwaltungspraxis)

Gewürzmischungen sind Mischungen von Gewürzen.

(Deutsches Lebensmittelbuch)

Persönliche Angaben zum Antrag sind freiwillig. Allerdings kann der Antrag ohne die persönlichen Angaben nicht weiterbearbeitet werden.

(Formular in Postgirodienst)

## Die »Malweiber« der Malschule Tekla

Rosi Luczus  
Eisabeth Belz  
Dörte Belz  
Renate Blumensath  
Regina Westphal  
Sabine Seelig  
Inge Tegge  
Sabine Matthes  
Juliane Nichelmann

### Ausstellung

im Rockbahnhof in Finow  
Öffnungszeiten:  
Montag bis Freitag 8 - 12 Uhr  
Dienstag bis Donnerstag 8 - 16 Uhr



Bündnis für den Frieden Eberswalde

# Mahnwache gegen den Krieg

**Eberswalde (at/bbp).** Aus Anlaß des Jahrestages des Krieges der USA und Großbritanniens gegen den Irak wird am 19. März auf dem Pavillonplatz von 15 bis 18 Uhr eine Mahnwache durchgeführt. Das beschloßen die Mitglieder des Bündnisses für den Frieden Eberswalder auf ihrer Beratung am 10. Februar, an der auch Gäste von attac Schwedt teilnahmen. Desweiteren wird es ab dem 26. März eine Antikriegsausstellung in der Sparkasse Barnim geben. Für den 15. April hat Prof. Dr. Ullmann zugesagt, als Diskussionspartner zum Entwurf der Europäischen Verfassung nach Eberswalde zu kommen. Das Bündnis hat sich außerdem dafür ausgesprochen, sich an der Mobilisierung für die Großdemo gegen den Sozialkahl-schlag am 3. April in Berlin zu beteiligen.

Inzwischen hat der Trägerkreis der Friedensdemonstrationen vom 15. Februar 2003

zur Durchführung dezentraler Friedensdemonstrationen am 20. März aufgerufen. In dem Aufruf heißt es: »Wir fordern ein sofortiges Ende der Besatzung und freie Wahlen im Irak sowie die Wiedergutmachung der durch den Krieg angerichteten Schäden durch die Angreiferstaaten. Als Zeichen des gemeinsamen bundesweiten Protestes regen wir an, sich bei Aktionen am 20.3.2004 um 12 Uhr zum Zeichen des 'Wider-setzens' zu einem kurzen Sitzstreik hinzusetzen.«

Dieser Aufruf gehörte zu den Themen der nächsten Bündnisberatung am 3. März (nach BBP-Redaktionsschluß). Weitere Themen: Unterstützung des »Bündnis für Soziale Gerechtigkeit«, eine für die zweite Aprilwoche geplante Veranstaltungsreihe über »Gewaltfreiheit und Pazifismus« und die Luftwaffen-ausstellung Ende Mai in Eberswalde.

# Zeitzeugen für Chronik gesucht

Die Volkssolidarität Barnim e.V. wird am 24. Oktober 2005 sechzig Jahre alt. Unter dem Motto »Miteinander – Füreinander« hat sie seit 1945 das soziale Leben mitgestaltet. Unsere ehrenamtliche Arbeitsgruppe »Chronik« hat sich vorgenommen, die 60-jährige Entwicklung in Bild und Schriftform zu dokumentieren. Dafür benötigen wir die Hilfe und Unterstützung von Zeitzeugen und Bürgern.

Erlebnisberichte, Fotos, Urkunden sowie weiteres Anschauungs- und Informationsmaterial bitte bis 30. April 2004 an folgende Adresse: Volkssolidarität Barnim e.V., AG »Chronik«, Schneiderstraße 19, 16225 Eberswalde. Ansprechpartner: Annette Henze und Rüdiger Mattausch (Tel. 03334/6398815). Die Mitglieder der Arbeitsgruppe sind gern bereit, Sie persönlich aufzusuchen. **W. LANGE**

Ab 03.04.2004: Anzeige

www.vom-klostergarten.de

## Workshop im Museum

**Eberswalde (prest-ew).** Webarbeiten unter Verwendung von unkonventionellen Webstoffen ist das Thema eines Workshops im Rahmen der Sonderausstellung »Textile Kunst aus Polen«, die mit dieser Veranstaltung ausklingt. Aus natürlichen Materialien wie z.B. Blätter, Gras, Blumen, Schafwolle sollen unter Anleitung der polnischen Künstlerin Krystyna Dziewialtowska aus Gorzow kleine Gobelines entstehen. Dieses Projekt wird unterstützt durch die Europäische Union in Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A. Wer Freude am Gestalten hat, kann sich noch bis zum 8. März im Museum in der Adler-Apotheke oder in der Tourist-Information (Tel.: 64520) für den Workshop anmelden.

## Preisskat

**Eberswalde (bbp).** Die AG Senioren bei der PDS Eberswalde lädt für den 31. März, 14 Uhr, zum Preisskat in das Restaurant »Bierakademie« in der Eisenbahnstraße 27 in Eberswalde ein. Es wird gebeten, sich bei Günter Hildebrandt (Tel. 03335/30594) anzumelden.

Als Vorabinformation teilen die PDS-Senioren mit, daß sie am 25. April in Vorbereitung der Wahlen zum Europaparlament eine Gesprächsrunde zu aktuellen internationalen bzw. nationalen Entwicklungen planen.

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.  
**anschrift:** Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde  
**telefon:** (0 33 34) 35 65 42  
**telefax:** (0 18 05) 75 111 125 96  
**e-mail:** bbp@telta.de  
**bbpforum:** bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)  
**redaktion:** Gerd Markmann  
**druckerei:** PS-Verlag - (0 33 34) 21 26 00  
**redaktionsschluß:** 28. Februar 2004

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 27.3.2004, 12 Uhr.

## Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 7 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer  Bank  Bankleitzahl

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:   
2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)